

Bezugspreis: Vierteljährlich 10.- M. monatlich 10.- M. ...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Wort und Tat“ ...

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die schwebende Komposition ...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags ...

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Freitag, den 23. September 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Der Görlitzer Programmwurf.

Die oberschlesische Frage.

Görlitz, 22. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Programmkommission hat heute nachmittags ...

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die Partei des arbeitenden Volkes in Stadt und Land. Sie erstrebt die Zusammenfassung aller körperlich und geistig Schaffenden ...

Die kapitalistische Wirtschaft hat den wesentlichen Teil der durch die moderne Technik gewaltig entwickelten Produktionsmittel ...

Der Weltkrieg und die ihn abschließenden Friedensdiktate haben diesen Prozeß noch verschärft. Sie haben die Konzentration der Betriebe und des Kapitals beschleunigt ...

Die Entwicklung zum Hochkapitalismus hat das Streben nach Beherrschung der Weltwirtschaft durch imperialistische Machtverteilung noch gesteigert. Sie hat ebenso wie die unbefriedigende Lösung der nationalen und wirtschaftlichen Weltprobleme ...

Zugleich hat der Weltkrieg morische Herrschaftssysteme hinweggefegt, politische Umwandlungen haben den Massen die Rechte der Demokratie gegeben, deren sie zu ihrem sozialen Aufstieg bedürfen. Eine gewaltig erstarbte Arbeiterbewegung, groß geworden durch die ruhmvolle, opferreiche Arbeit von Generationen, stellt sich dem Kapitalismus als ebenbürtiger Gegner zur Seite ...

Regierungsrat.

In der bürgerlichen Presse ist jetzt ein großes Rätselraten begonnen worden. Man sucht sich in Kombinationen über die mögliche Aus- und Umgestaltung der preussischen und der Reichsregierung gegenseitig zu übertreffen. In dem Augenblick, da angekündigt wird, daß der neue bayerische Ministerpräsident nach Berlin kommen und die durch den Rücktritt Kahr's plötzlich unterbrochenen Verhandlungen über den bayerischen Ausnahmezustand wieder aufnehmen will, macht man durch Weiterverbreitung von allerhand Gerüchten neue Schwierigkeiten in bezug auf die Reichsregierung.

Wir haben schon auf die systematische Hege gegen den Reichskanzler Dr. Wirth hingewiesen, gegen den plötzlich aus Hunderten von Kanälen ähndende Säure gesprengt wird. Dabei beruft man sich auf Stresemann, der wiederholt in Verammlungen gegen den angeblichen Radikalismus Wirths angerannt ist. Derselbe Stresemann, der die Angriffe auch in einer Pforzheimer Verammlung wiederholte, nahm dort die Gelegenheit wahr, zum Beschluß des Görlitzer Parteitages seinerseits Stellung zu nehmen. Er erklärte, daß seine Partei auf dem Boden der Weimarer Verfassung stehe. Wenn an ihn die Frage gerichtet werde, ob er zu einem Zusammenarbeiten mit der Sozialdemokratie bereit sei, dann beantwortete er diese Frage mit einem glatten Ja. Man müsse zu einer Arbeitsgemeinschaft mit der Sozialdemokratie kommen. Er freute sich über den Beschluß des Görlitzer Parteitages, der einen Weg zur Verständigung in Preußen und im Reich eröffnete. Die Reichstagsfraktion seiner Partei, die in diesen Tagen

Hier dem Willen den Weg zu weisen, den notwendigen Kampf der schaffenden Masse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten, ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.

Die Sozialdemokratische Partei ist entschlossen, zum Schutze der errungenen Freiheit das letzte einzusehen. Sie betrachtet die demokratische Republik als die durch die geschichtliche Entwicklung unüberwindlich gegebene Staatsform, einen Angriff auf sie als ein Verbrechen auf die Lebensrechte des Volkes.

Die Sozialdemokratische Partei kann sich aber nicht darauf beschränken, die Republik vor den Anschlägen ihrer Feinde zu schützen. Sie kämpft um die Herrschaft des im freien Volksstaat organisierten Volkswillens, um die Erneuerung der Gesellschaft im Geiste sozialen Gemeinns. Die Ueberführung der großen konzentrierten Wirtschaftsbetriebe in die Gemeinwirtschaft und darüber hinaus die fortschreitende Umformung der gesamten kapitalistischen Wirtschaft zur sozialistischen Wirtschaft zum Wohl der Gesamtwirtschaft erkennt sie als notwendiges Mittel, um das schaffende Volk aus den Fesseln der Kapitalherrschaft zu befreien, die Produktionskräfte zu steigern, die Menschheit zu höherer volkswirtschaftlicher und sittlicher Gemeinschaft emporzuführen.

In diesem Sinne erneuert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ihr im Ersten Programm niedergelegtes Bekenntnis: Sie kämpft nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller, ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Sie führt diesen Kampf in dem Bewußtsein, daß er das Schicksal der Menschheit entscheidet in nationaler wie in internationaler Gemeinschaft, sie führt ihn in Reich, Staat und Gemeinde, in Gewerkschaften und Genossenschaften, in Werkstatt und Haus.

Für diesen Kampf gelten die Forderungen, die in den folgenden Einzelprogrammen aufgestellt sind.

(Es folgen nun die Einzelprogramme, in der Hauptsache nach den früheren Kommissionsbeschlüssen, mit einigen Abänderungen. Sie umfassen: Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Finanzen, Verfassung und Verwaltung, Gemeindepolitik, Rechtspolitik, Kultur- und Schulpolitik.)

Die Programmdebatte dürfte noch Freitag vormittag beginnen. Die Kommission hat ihren Vorsitzenden, den Genossen Paul Löbe, mit der Berichterstattung über den Entwurf beauftragt.

Das „B. L.“ hat bereits in seiner gestrigen Morgenausgabe einen angeblichen Programmwurf veröffentlicht. Es handelt sich in Wirklichkeit um den Borentwurf zu dem obigen Entwurf, der zur Zeit seines Abdruckes im „B. L.“ noch von der Kommission durchberaten und in mehreren Punkten erheblich abgeändert wurde. Zur Veröffentlichung war dieser Borentwurf in keinem Falle bestimmt. Wenn es auch dem Spürsinn des „B. L.“-Berichterstatters alle Ehre macht, daß er diesen nur für die Kommissionsmitglieder bestimmten Borentwurf auf eine unerklärliche Weise sich zugänglich zu machen wußte, so können wir doch einen guten journalistischen Brauch nicht darin erblicken, daß unferlige und noch nicht für die Öffentlichkeit bestimmte Schriftstücke aus einer Kommission hinausgetragen werden.

in Heidelberg beisammen war, habe ihm zu dieser Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie Unterstützung zugesagt. Stresemanns Freude in allen Ehren. Er aber und alle, die jetzt schon die Regierungsfelle verteilten möchten, werden sich vor Augen halten müssen, daß der Beschluß von Görlitz keineswegs eine positive Bindung der Sozialdemokratie in der Richtung enthält, daß sie eine Koalitionsregierung mit der Volkspartei bilden muß. Vielmehr soll er, wie das in Görlitz deutlich genug ausgesprochen wurde, den Fraktionen für eine solche Möglichkeit nur die Hände freimachen. Wird also einmal die Frage der Verhandlung akut, so wird es im wesentlichen darauf ankommen, welches gemeinsame Regierungsprogramm die Parteien aufstellen können. In Görlitz sind für diese Verhandlungen Mindestforderungen erhoben worden, die von jeder Partei berücksichtigt werden müssen, die mit der Sozialdemokratie die Verantwortung der Regierung zu teilen gedenkt. Daß Stresemann diese Mindestforderungen akzeptiere, hat er auch in Pforzheim nicht gesagt. Man wird also in dieser Beziehung noch weitere Neuierungen abwarten müssen. Aber unterstrichen soll doch heute schon werden, daß die Sozialdemokratie nicht daran denken kann, auf das Manöver hereinzufallen, das jetzt in der Presse eingeleitet wird, ihrerseits den Reichskanzler Wirth stützen zu helfen. Selbst wenn Stresemann persönlich an dem Spiel mit beteiligt wäre. Wir geben nicht sehr in der Annahme, daß sich auch sämtliche Mitglieder des Reichskabinetts entschieden gegen diese Treibereien ausgesprochen haben und ihrerseits an der Reichskanzlerfraktion Wirths aus außen- und innenpolitischen Gründen festhalten.

Bericht der Internationalen Gewerkschaftskommission.

Der Internationale Gewerkschaftsbund hatte gegen Ende 1920 die Entsendung einer Delegation nach Oberschlesien beschlossen. Wie erinnerlich, begab sich daraufhin am 13. Juni, also mitten während des Polenaufstandes, Jouhaux und Timmen als Vertreter des IGB, in Begleitung des Genossen Kohl vom ADGB, und Jula wski für die polnischen Gewerkschaften nach Oberschlesien, um über die allgemeine Lage und insbesondere über die wirtschaftlichen Bedingungen Oberschlesiens, ferner über die Lage der Industrie und der Arbeitererschaft Erhebungen anzustellen. Der Bericht der Kommission liegt nunmehr in einer kurzen Broschüre vor. Er enthält eine Fülle von Material zur Beurteilung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse Oberschlesiens. Die strittigen Fragen wurden durch Vernehmung beider Teile zu klären versucht.

In außerordentlich scharfer und eindeutiger Weise betont der Bericht die wirtschaftliche Einheit Oberschlesiens. Es heißt da u. a.:

Das oberschlesische Problem ist ein wesentlich wirtschaftliches, und der Kampf der beiden Nationen ist im Grunde ein Ringen um den Besitz der Bodenschätze und der von ihm abhängigen Industrie.

Eine Erwägung drängt sich hier vor allem auf, die von um so größerem Gewicht ist, als sie von beiden Seiten anerkannt wird: Sie geht davon aus, daß das in Frage kommende Gebiet — und zwar nicht nur das verhältnismäßig kleine eigentliche Industriegebiet, in dem die Fabriken konzentriert sind, sondern auch die Nachbarregionen mit ihren Rohstoffquellen eine Einheit formen.

Nach andere Faktoren bestimmen diese wirtschaftliche Einheit dieses Gebietes: die Verkehrsmittel (ein wichtiges Eisenbahnnetz, Kleinbahnen, Straßenbahnen). Von Wichtigkeit ist auch die Wasserversorgung. Das Industriegebiet hat nicht genügend Wasser für Hausgebrauch und Industrie und ist mit seiner Wasserversorgung auf das Zentralbecken angewiesen. Wahrscheinlich wird auch Grundwasser aus dem Larnowitzer Kreise in Anspruch genommen werden müssen.

Schließlich kommt auch die Erzeugung der elektrischen Kraft in Betracht. Sie wird von zwei Stationen der oberschlesischen Elektrizitätswerke in Chorzow und Zabrze, die an den äußersten Enden des Gebietes gelegen sind, befozt.

Diese Feststellungen müßten zusammen mit der Tatsache, daß die Abstimmung eine unbestreitbare deutsche Mehrheit ergeben hat, zu dem Schluß führen, daß Oberschlesien zu Deutschland gehört. Diese politische Schlussfolgerung sieht die Delegation des Internationalen Gewerkschaftsbundes nicht, sie war auch nicht dazu angelegt, politische Entscheidungen zu fällen. Dagegen geht sie sehr ausführlich auf die wirtschaftlichen Momente ein, die für die Zuteilung Oberschlesiens an Deutschland oder Polen in Frage kommen. Hier sind im allgemeinen die deutschen und die polnischen Angaben einander gegenübergestellt, ohne daß die Kommission in den Einzelfragen zu bündigen Schlussfolgerungen kommt. Sehr bemerkenswert ist, was die Gewerkschaftsdelegation zum dem Arbeiterproblem sagt:

Die Delegation ist der Meinung, daß die Voraussetzung für eine wahrhafte Lösung des oberschlesischen Problems die Respektierung der Arbeiterrechte ist, deren Wahrung tiefste Unzufriedenheit und Erregung erzeugen würde. Den Arbeitern der beiden Nationen muß bei der Zuweisung des Gebietes, wie immer die Entscheidung fallen mag, die absolute Gleichheit und Unabhängigkeit garantiert werden. Die Entscheidung wird nationale Minderheiten bestehen lassen; diese Minderheiten müssen geschützt und ihnen dieselben Rechte zugestanden werden wie der Mehrheit. Den Arbeiterorganisationen fällt in dieser Lage der Dinge eine äußerst wichtige Rolle zu. Von ihnen vor allem wird es abhängen, daß alle diese Bedingungen geprüft und verwirklicht werden, die für die Wiederherstellung des Friedens der proletarischen Interessen unerlässlich sind. Die Delegation ist der Meinung, daß es Pflicht der oberschlesischen Kameraden ist, alle ihre Kräfte einzusetzen und durch ihre Aktion, die Hand in Hand gehen muß mit dem Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung und für die Befreiung der Arbeiterklasse dem Ideal des proletarischen Internationalismus den Weg zu bahnen und damit allen Konflikten dieser Art für immer ein Ende zu machen.

So schlägt die Internationale Delegation denn eine Regelung vor, die dem oberschlesischen Industriegebiet einschließlich der Randbezirke seine einheitliche Form läßt. Das Land, dem Oberschlesien zugeteilt wird, darf nicht die Möglichkeit erhalten, es einfach zu annektieren, um es vom anderen Lande völlig loszureißen, um seine Bodenschätze und Hilfsquellen ausschließlich zum eigenen Vorteil zu nutzen. Die berechtigten Ansprüche beider Nationen müssen Berücksichtigung finden. Zollschranken zwischen den beiden Völkern dürfen nicht errichtet werden. So verlangt die Kommission für das Industriegebiet die wirtschaftliche Autonomie. Diese soll gesichert werden durch ein Organ des Völkerverbundes, in dem Deutschland sofort aufzunehmen ist.

Die Gewerkschaftskommission verlangt ferner unter allen Umständen die Aufrechterhaltung der bestehenden sozialen

Gesetzgebung und ihren weiteren Ausbau, um die Bevölkerung zu beruhigen. Sie fordert weiter die Sozialisierung der Großbetriebe, die die Autonomie der Wirtschaft und Verwaltung vervollständigen muß.

Die Tatsache, daß diese Betriebe sich in den Händen deutscher Unternehmer befinden, stellt, wie immer die Entscheidung fallen mag, eine große Gefahr dar. ... Verbleibt das Gebiet im Rahmen Deutschlands, so steht zu befürchten, daß das Unternehmertum, ungerührt aller Garantien, seine Machtstellung zu repräsentieren gegenüber der polnischen Bevölkerung mißbraucht; kommt das Gebiet an Polen, wäre diese Gefahr zwar minder groß, um so schwerwiegender jedoch der Umstand, daß die Kapitalisten die Möglichkeit hätten, die wirtschaftliche Existenz und die Interessen der Bevölkerung des Landes zu gefährden.

Der Bericht schließt:

Oberschlesien darf nicht länger die Ursache der Völkerverwirrung sein — einer Zwietracht, die einen neuen Krieg heraufbeschwören kann — sondern es muß ein Bindeglied zwischen den beiden Völkern werden und das Unterband ihrer Versöhnung in der gemeinsamen friedlichen Zusammenarbeit. Dies ist das Ziel, zu dessen Verwirklichung die Delegation die deutschen und polnischen Gewerkschaftsorganisationen und alle in der Gewerkschaft vereinigten internationalen Arbeiter aufruft. Schließlich legt die Delegation Wert darauf, festzustellen, daß die Unterjochung an sich ebenso wie die hier vorgeschlagene Lösung des Konfliktes eine neuerliche Befruchtung der vom internationalen Proletariat verteidigten Grundsätze ist.

Es gibt keinen deutschen Sozialisten, der nicht die Politik der Versöhnung, wie sie von der Gewerkschaftsdelegation vorgeschlagen wird, von ganzem Herzen wünscht und billigt. Das Gesamturteil bekräftigt aber die deutsche Auffassung, daß Oberschlesien zu Deutschland gehört. Jedenfalls aber würde die Einsetzung einer Völkerverwaltung neben neuen Lasten eine Änderung des Friedensvertrages bedeuten, die eine weitere Verzögerung der Entscheidung mit sich bringen würde. Was aber Oberschlesien und das Reich am meisten nötig hat, ist eine rasche und gerechte Entscheidung in der Frage der Staatszugehörigkeit. Alle übrigen Fragen sind teils im Friedensvertrag, teils im Autonomiegesetz deutschseits erfüllt; die Sozialisierung der Großbetriebe ist eine Forderung der Sozialdemokratie, die in demselben Maße durchgeführt werden wird, wie das Proletariat an Macht gewinnt. Ob der kapitalistische Völkerverbund für diese Forderung großes Interesse haben wird, ist fraglich.

Wirth über Oberschlesien.

In der neuesten Nummer der „Europäischen Staats- und Wirtschafts-Zeitung“ äußert sich Reichsanwalt Dr. Wirth über „Oberschlesien — unsere größte Sorge!“ Er sagt u. a.:

„Solange nicht die Entscheidung über das Schicksal dieses Landes gefallen ist, so lange können wir alle nicht frei atmen. Und wie dann die politische Lage ist, wenn die letzte Entscheidung im Gegensatz zu Recht und Gerechtigkeit gefällt wird, das kann heute kein Mensch mit Sicherheit sagen. Soviel ist aber sicher, daß dann die Zukunft für das oberschlesische und das deutsche Volk überaus trübe werden wird.“

Der Reichsanwalt verweist dann auf die einleitenden Worte der Völkerverbundtagung, die es als wesentlich bezeichnen, die Gerechtigkeit herrschen zu lassen, und fährt fort:

„Wenn der Völkerverbund sich bei seinen Vorschlägen von diesem Grundsatz leiten läßt, dann kann die oberschlesische Frage gelöst werden. Wir wollen nichts anderes als Gerechtigkeit. Nur Gerechtigkeit, ruend auf dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, kann dem oberschlesischen Volk den Frieden geben, den es dringend, aber als alles andere braucht. Wir wollen nicht um die Günstigen irgendeines Vertreters im Völkerverbund und im Obersten Rat, wir hoffen auf die Gerechtigkeit, weil das ganze deutsche Volk ohne Unterschied der Partei von den Gedanken unseres Rechts erfüllt ist. Eine Enttäuschung dieser Hoffnung wäre einfach unerträglich, und zwar nicht nur für das deutsche Volk allein, sondern für alle die, die noch an den Sieg des Rechts in der Welt glauben.“

Momentbilder aus Görlitz.

Hugo Keller, der Veteran der Sozialdemokratie in der Gausig, Bescheiden, innerlich erregt, tritt er — nachdem am Eröffnungstag die Bachschiff-Frage in der Stadthalle verbracht, das Stürmische der Görlitzer Arbeiterkongresse verstanden ist — an das Podium. Es wurde ganz still im weiten Raum. Ein schlachter Mann der Parteitradition erlebt in diesen Minuten eine Art Genugtuung, Belohnung für lange, zähe Klein- und Pionierarbeit in der sozialdemokratischen Bewegung.

Der kleine Kopf des gedungenen Greises wird von einem langen Graubart geziert. Schwere und tiefe Furchen von Arbeit, Sorge und Alter ziehen sich quer über die Stirn, umrahmen in einem Halbkreis die kleinen, aber noch klaren Augen. Vorne hängen spärliche weiße Haare an den Ohren und auf der Stirn.

Kellers Stimme wird jung und warm, als er aus der Sozialistenzeit berichtet und die Einigung auf Proletariat herbeiwünscht. Man fühlt, der Wunsch kommt aus dem Herzen.

Her mann Müller, Parteivorsitzender. Im Reichstag heißt er Müller-Franken. Seine Stimme ist frisch — seine Rede haarscharf. Knappe Sätze formiert er in Reih und Glied. Läßt sie in logischer Folge aufmarschieren und wärzt mit satirischen Nuancen.

Der große, starke Körper ragt weit über die Oberseite des Rederpults. Seine untere Gesichtspartie, die, wenn vom Munde besonders wichtige Worte kommen, energische Falten bildet, ist voller geworden. Ein prägnantes Kinn sitzt daran. Unter den Brillengläsern leuchten schnell und sicher ersinnende Augen, über den Gläsern wölbt sich die unkomplizierte Stirn.

Seine Kampfanlage an die Reaktion ist brillant formuliert, phantasiefrei und von sozialistischer Energie zeugend.

De Braudère, der belgische Sozialistenführer. Er war bei der Eröffnung des Parteitagges angekündigt, konnte aber wegen wichtigen Vorgängen in der belgischen Politik erst am dritten Verhandlungstage kommen. Als er von Belgien nach der Mittagspause begrüßt wird, erhebt sich ein herzlicher, lang anhaltender Beifall im ganzen Saal. Mit stolischen Schritten tritt er an das Rederpult. Neuer Beifall. Eine hohe, schlanke Gestalt. Dunkel umrahmt das frisch-rote Gesicht der Holländer, der im unteren Abschnitt von weißen Fäden durchspinnen ist. Die Augen und gültig blickenden schwarzen Augen werden von vollen Augenbrauen überwölbt. Darüber die sehr hohe Stirn. Das ganze Gesicht verstrahlt den temperamentvollen Romanen, aber auch den weisheitlichen Menschen und Sozialisten. Er spricht französisch. Als er berichtet, daß 15 000 belgische Arbeiter aus Gruben und Fabriken in den letzten Tagen gegen nationalstaatliche Ausschreitungen von circa 150 Heißspornen aus Antwerpen der Brüsseler Rede des Genossen Soffendach energisch demonstriert haben, bricht von neuem spontaner, gewaltiger Beifall aus. Nachdem die Braudère beendet, bietet ihm der Parteivorsitzende Wels die Hand — beide geloben sich bilden und drücken für den Völkerverbund, für den Sozialismus zu arbeiten. Mit handbetäubender Begleitung die Verammlung den Schwur.

Philipp Scheidemann. Er spricht unzweideutig und klar am Montag zur Reaktionsfrage — und hat die Aufmerksamkeit der Hörer. Der schön geformte Kopf mit imponierenden Proportionen wird beim Reden kaum bewegt. Der Haartranz des unteren Hinterkopfes ist grau meliert, Schnurr- und Spitzbart aber

Oberschlesien auf dem Parteitag.

Auf dem Parteitag in Görlitz ist zur Frage Oberschlesiens folgende Resolution faule zum Beschluß erhoben:

„Der Parteitag begrüßt das Ergebnis der Volksabstimmung in Oberschlesien und stellt mit Genugtuung fest, daß die oberschlesische Arbeitererschaft der Deutschen Republik die Treue gehalten hat.“

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker fordert, daß der Wille der Mehrheit geachtet wird. Die Mehrheit des oberschlesischen Volkes hat gezeigt, daß sie deutsch bleiben will. Die Verzögerung der Entscheidung hemmt das oberschlesische Wirtschaftsleben und bringt der oberschlesischen Bevölkerung, besonders den Arbeitern schweren Schaden.

Die deutschen Sozialdemokraten verwahren sich entschieden dagegen, daß in Oberschlesien die Demokratie und das Selbstbestimmungsrecht der Bürger durch die Entente zugunsten des internationalen Kapitalismus mit Füßen getreten wird. Sie erwarten, daß die Sozialisten aller Länder dafür wirken werden, daß Oberschlesiens staatliche Zugehörigkeit nicht nach imperialistischen und kapitalistischen Gesichtspunkten entschieden wird.“

Das neue bayerische Kabinett.

München, 22. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Fraktionen tagten von morgens bis abends, um die Regierungsgesetze zu lösen; dennoch mußte am Nachmittage um 6 Uhr der Abg. Stang (Bayer. Sp.) das Haus verlassen, die Sitzung bis 8 1/2 Uhr zu verlagern. Wie der Präsident mitteilte, hat der Vorsitzende der Fraktion der Bayerischen Volkspartei, Abg. Heide, einen vierwöchigen Urlaub wegen Krankheit erbeten, den das Haus genehmigt. Gegen 9 Uhr eroberte die neue Ministerpräsident v. Lerchenfeld der Volksvertretung sein Gesamtministerium vor, in dem sämtliche bisherigen Minister, mit Ausnahme des deutschnationalen Justizministers Roth, dessen Posten der Ministerpräsident übernimmt, vertreten sind; mit dem Ministerium des Innern wurde der bisherige Staatssekretär beurlaubt.

Aus dem Verlauf der Sitzung ging hervor, daß das neue Kabinett die durch den Austritt der Deutschnationalen notwendig gewordene Schwächung mit aller Behutsamkeit und Pietät gegenüber der Sache vorzunehmen gedenkt. Der Ministerpräsident, der auch einen längeren Nachruf widmete, betonte, daß das infolge des Ausscheidens der Mittelpartei geänderte Programm auf den allgemeinen Richtlinien der früheren Koalition weiter beruhen werde. Er wolle aber drei Dinge in den Vordergrund stellen: 1. Die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Staat, 2. die Treue zum Reich und ein Verständnis für die tiefe Not des Reichs; durch persönliches Einvernehmen mit den Reichsstellen wolle er eine neue Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens herstellen. 3. Das Moment der sozialen Versöhnung zu betonen, die Erbitterung und den Haß, welcher im gegenwärtigen Augenblick breite Schichten voneinander trennt, zu mildern, werde seine besondere Aufgabe sein.

Der Ministerpräsident betonte, daß es ihm hauptsächlich sei, bevor sich irgendwelche Konflikte innerhalb des Staates zu einer Aussprache mit Maschinenengewehren und Panzerautos ausgewachsen hätten, die Beweggründe dieser Volksweregungen vorzeitig dadurch zu klären, daß er selbst jederzeit bereit sei, auch mit den Führern der Opposition zu sprechen und damit manche Mißverständnisse aus der Welt zu schaffen. Seine Thier wäre auch für politische Segner jederzeit offen.

Das „Niesbacher Tageblatt“ auf acht Tage verboten.

München, 22. September. (Ill.) Auf Grund des Artikels „Das neudeutsche Zentrum“ in Nr. 15 des „Niesbacher Tageblattes“ hat der Staatskommissar für München-Land verfügt, daß mit sofortiger Wirkung das Erscheinen des „Niesbacher Tageblattes“ bis zum 29. September einschließlich verboten ist. Auch der „Niesbacher Anzeiger“ darf als Ersatzblatt für das verbotene „Niesbacher Tageblatt“ nicht erscheinen.

sind schneeweiß geworden. Auf seiner Stirn, die nach oben mit einem lässig geschwungenen ovalen Bogen hartlos abschließt, sind Furchen noch nicht zu erkennen.

Und so jung ist sein Wort; mit bronzigen Tönen klingt es durch die Halle. „Molltöne“

In der großen öffentlichen Versammlung am Mittwochabend spricht er vor 3000 Menschen. Er hat die Herzen der Hörer. Und stellt in den Mittelpunkt: Sicherung der Republik, hollen, ausbauen, nicht verzweifeln, kämpfen! Seine Mahnungen sind sicher nicht in den Wind gegangen.

Karl Severing. Ein Berliner bürgerlicher Journalist erzählte einmal: In einer kleineren süddeutschen Stadt sollte Bebel reden. Als ein großer Schmied auf ihn aufmerksam gemacht wurde und Bebel erblickte, rief er überrascht aus: „Der kloane Mann ist der Bebel!“

Ein Parteitagsgast, der Severing zum erstenmal in Görlitz sah, brach — allerdings in hochdeutschem Dialekt — in einen gleichen Ruf aus. Der kleine Mann war die energische, willensstarke Potenz im Innenministerium in Preußen? Sein Kopf ist einer der prägnantesten auf der Tagung. Kluge Augen, beherrschte Geste, stolische Rede! Wespennest lautstark alles auf jeden Son. Flink und schlagend, dabei aber konzipiant, fertigt er einige Zwischenrufer ab.

Mit überzeugenden Sätzen sagt er in Kürze viel! Und man weiß, was er will! „Wir wollen leben, schaffen und segnen!“

Ein neues Musik-Haus. Der Schwedten-Saal in der Ludwigstraße 112 ist feierlich eingeweiht worden. Der Baumeister Schwedten hat mit ihm nichts zu tun, verantwortlich für den Neubau und seine materielle Gestaltung zeichnen Nachlicht und Schafftau. Die Kammermusik-Bereinigung der Staatsoper, Edwin Fischer, Alma Moodie, Käthe Stolsberg, Seidler, Winkler waren aufgezogen, dem ersten Konzertabend an dieser Stätte Glanz zu verleihen.

Wenn es ausschlaggebend ist, daß Musik in einem mittelgroßen Raum gut klar, einbringlich klingt, so ist der Schwedten-Saal ein guter Konzertraum, in dem nur ein Ensemble etwas überakzentuiert werden kann. Nach das wird auf Discretion der Spieler ankommen und von den besseren überwunden werden. Wenn die Respekt, die Ruhe, Geschlossenheit und Andacht eines der Kunst dienenden Raumes von gleicher Bedeutung wäre für Produzierende und Empfangende, so wäre der neue Saal eine kleine Katastrophe. Schön und schlicht das Podium, in welchem Blau, gegen das sich der schwarze Schwedten-Rügel silhouettenhaft abhebt; doch fehlt die Beleuchtung. Schwarz an dieses Blau grenzt ein hüblisches, sehr ensfarbener Gefäß, schlang von oben nach unten geführt; quer dagegen sind egressiv, schifflich edige, bunt vermerzte Linien geführt, während ein kubistisches Muster das Podium von oben befaßt. An den Seiten je eine ruhige, im Hintergrund mehrere im Farbwechsel von rottem und braunem Tuch unruhige, zackig ausgefrägte Logen. Stilleert das Denkbild, die Beleuchtungskörper; der Längsschnitt, der mittlere Korridor fehlt. Eine große, unstill, bewegte Fülle, nicht zur Sammlung geschaffen. Besser für ein Theaterchen, ein Kabarett, als gerade für eine Stätte klassischer Bildung. Warten wir ab, was aus dem Saale wird. Er sieht 800 Menschen und soll für den Konzertwinter schon über und über belegt sein. Arme Kritiker!

Augen auf und bereit zur Abwehr!

Unser Parteiblatt, die „Münchener Post“ schreibt über Herrn von Lerchenfeld:

„Die Sozialdemokratie wird den Ministerpräsidenten nach seinem Können und nach seinen Handlungen bewerten. Wir wissen, daß es in keines Menschen Macht gesehen ist und auch nicht in der Macht einer Regierung, unsere elenden und traurigen Verhältnisse von heute auf morgen zu ändern. Die ungleiche Behandlung der Staatsbürger vor dem Gesetz muß verabschiedet werden. Die heutige Polizeiwirtschaft muß gründlich gesäubert und von der unsauberen Spihelwirtschaft gereinigt werden.“

Des weitern bringt die „Münchener Post“ umfangreiches Material zum Beweis einer wohlüberlegten Putschaktion der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei. Hergogen ruft unser Parteiblatt die Genossen zur Wachsamkeit auf: „Ihr Arbeiter, wir wissen nicht, was die Zukunft bringt; darum bleibt es bei unserer Parole: Augen auf und bereit zur Abwehr!“

Freilassung Fischers gefordert.

München, 22. September. (W.T.B.) Der Geschäftsordnungsausschuss des Bayerischen Landtages nahm heute den Antrag der Unabhängigen Sozialdemokraten auf sofortige Haftentlassung des wegen Hochverrats zu einem Jahr drei Monaten Festung verurteilten Abg. Fischer-Rürnberg mit 10 gegen 9 Stimmen an. Die Bayerische Mittelpartei schloß in der Sitzung, da sie Fraktionsdisziplin halte. Für den Antrag stimmten neben den sozialistischen Parteien auch der Bauernbund und die Demokraten.

Die deutsch-französischen Abmachungen.

Ueber das Ergebnis der Verhandlungen zwischen Loucheur und Rathenau sind bisher offizielle Mitteilungen der Öffentlichkeit nicht gemacht worden. Es ist an amtlichen Stellen auch Näheres bisher nicht zu erfahren gewesen, trotzdem die Abmachungen baldmöglichst ratifiziert werden sollen.

Von privater Seite wird als der Inhalt der Vereinbarungen das Folgende mitgeteilt: Für den Wiederaufbau Nordfrankreichs wird je eine Gesellschaft in Deutschland und in Frankreich gegründet. Dieser Gesellschaft sollen von der deutschen Regierung 7 Milliarden zur Verfügung gestellt werden. Von der Pariser Gesellschaft werden die Aufträge gesammelt und nach Deutschland weitergegeben. Die zur Verfügung gestellten 7 Milliarden sollen Deutschland auf das Wiedergutmachungsfonds zugewiesen werden, und zwar 35 Proz. dieser Summe bis zum Jahre 1926.

Ob diese Mitteilungen in allen Einzelheiten der Wirklichkeit entsprechen, bleibt abzuwarten. Es erscheint uns aber nötig, daß die deutsche Öffentlichkeit bald den Inhalt dieses Abkommens kennen lernt, damit sie ihrerseits dazu Stellung nehmen kann.

Dominicus gegen den Wucher.

Der preussische Minister des Innern hat soeben an die Oberpräsidenten folgenden Erlaß gegen den Wucher herausgegeben:

„Im Laufe der letzten Wochen hat auf fast allen Gebieten des täglichen Bedarfs, insbesondere bei Lebensmitteln, eine derartige Preissteigerung eingetreten, daß weite Kreise der Bevölkerung von starker Beunruhigung ergriffen worden sind, die in einzelnen Fällen auch zu Ausschreitungen geführt hat. Es läßt sich nicht verkennen, daß das starke Sinken des deutschen Geldwertes, wie das in einzelnen Bezirken und für gewisse Erzeugnisse hinter den Erwartungen zurückbleibende Ergebnis der Ernte ein Anzeichen der Preise zur Folge haben mußte. Jedoch sind allenthalben Preissteigerungen zu beobachten, deren Uebermaß in keinem Verhältnis zu den erwähnten wirtschaftlichen Ursachen steht.“

Es ist eine offenkundige Tatsache, daß zahlreiche Erzeuger und Händler sich die wirtschaftlich begründete Teuerungswelle zunutze machen, um die Preise für ihre Erzeugnisse und Waren weit über das Maß der gesteigerten Selbstkosten aus Eigenmacht willkürlich zu erhöhen. Die Preissteigerung erstreckt sich erntemal vielfach auch auf solche Gegenstände, die von den Verkäufern noch bei günstigerer Wirtschaftslage verhältnismäßig billig erstanden und seit-

Volkskunstverlag „Das Bild“. Die vier großen Gewerkschaften der graphischen Industrie haben sich zusammengetan, um in Gemeinschaft mit den Arbeitern und Angestellten der Reichsdruckerei dieses Unternehmen ins Leben zu rufen, als eine Genossenschaft, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Schätze der Meister der bildenden Kunst aller Kulturepochen in vornehmen und originalgetreuen Wiedergaben herzustellen.

Die Bildungsausschüsse und die Buchhandlungen der beiden sozialdemokratischen Parteien in Berlin haben sich der Genossenschaft angeschlossen, und auch die Konsumgenossenschaft wird ihre Einrichtungen zum Vertrieb der Druck- und Verlagsarbeiten stellen. Durch die Ausschaltung eines jeden Gewinnes wird ein Preis möglich gemacht, der es dem Arbeiter, Angestellten und minderbesoldeten Beamten gestattet, die Bilder als Wandschmuck in geeigneter Rahmung, wie zur Sammlung in Rahmenform zu erwerben und den Kulturabfall des wilhelminischen Zeitalters, den beschämenden Schand, der leider noch immer die Wände der Arbeiterwohnungen bedeckt und die Schränke befaßt, zu verbannen. Drei große Bildwerke werden bereits zum Weihnachstfest erscheinen.

Freibrief für schimpfende Pfaffen. Die Zeitschrift des Schutzverbandes deutscher Schriftsteller berichtet folgendes: „Spul des Alltags“ — so heißt ein im „Delphin-Verlag“, München, erscheinendes Werk des Dichters M. M. Frey. Da es von einem besonders hohen künstlerischen Wert ist, wurde es in der „Augsburger Abendzeitung“ von einem Pfarrer in Erlangen, Hermann Binder als „Stank- und Schmutzliteratur“ an den „Schandpranger“ gestellt. Die beim Amtsgericht München eingereichte Privatklage des Schriftstellers und Verlegers wurde abgewiesen, die Beschwerde bei der zweiten Strafkammer des Landgerichts München I verworfen. Hiermit wor der Rechtsweg zu Ende. Künstlerisches Schaffen, das aus dem Ethos der Persönlichkeit sich emporging, wird von deutschen Richtern für vogelfrei erklärt, der Infot eines nährlichen Zelotens geschickt.

Thomas Mann schreibt dazu an den Dichter Frey u. a.: „Der Fall, von dem Sie mir Mitteilung machen, ist mir höchst widerwärtig. Leider muß man ihn als symptomatisch betrachten für den Zustand des Landes. Diese Richter glauben der Ordnung, dem Vaterland zu dienen, wenn sie, mit offenbarem Wohlgefallen, die Beschimpfung der Geistigen, Bühnen und Reinen dulden und der Umbildung einen Freibrief ausstellen. ... Daß deutsche Richter, die am geistigen Leben der Nation interessiert sein sollten, eine so plumpe, kulturell gefährliche Verwirrung der Begriffe zulassen, ist im patriotischen Sinne schmerzlich.“

Müller-Cröcher. Sonntag, den 25. 7., Uhr, findet im Müller-Cröcher-Saal das 2. Sonntag-Konzert unter Leitung von Camilla Glöckler-Brand statt. Solist des Abends: Godfried Zeeland (Cello).

Die Galerie Edward Schulte bringt in ihrer ersten Herbstausstellung Kollektionen von Otto Bauriedl-München, Wilhelm Hanke-Steglich, Rühlendand-Wind-Berlin, R. Koch-Hentzen-Berlin, Originals der „Kultigen Blätter“ und Carl Stratzmann-München.

Das Kunstgewerbe-Museum veranstaltet in seinem Hofsaal vom 10. Oktober ab drei abendliche Vorträge, an denen je sechs Vorträge verschiedener deutscher und ausländischer Redner: Probleme der Arbeit (Montag), Bildmotive (Dienstag), Photographie (Freitag). Der Vortrager in Leucht und Raum (Freitag). Reigenarten a 15 T. in der Völkerei, Prinz-Albrecht-Strasse 7a.

Die Republik ist Deutschlands Rettung.

Sozialdemokratischer Parteitag.

(Schluß aus der Abendausgabe.)

Der Antrag Hellmann zur Schulfrage, über dessen Annahme bereits berichtet wurde, hat folgenden Wortlaut:

Ein Reichsgesetz zur Ausführung des Artikels 146 Abs. 2 der Reichsverfassung ist eine dringende Notwendigkeit, da nur auf diesem Wege die durch die Reichsverfassung gewährleistete Einrichtung von weltlichen Schulen ordnungsgemäß möglich ist und schädliche Schulkämpfe und Schulkrisen vermieden werden können. Der zurzeit dem Reichstag vorliegende Gesetzesentwurf sichert zwar die Errichtung weltlicher Schulen, läßt aber andererseits durch sein weites Entgegenkommen gegen die Bekennnisschulen deutlich erkennen, daß er zu einer Zeit entstanden ist, in der die Sozialdemokratie in der Reichsregierung nicht vertreten war. Der Parteitag fordert die Reichstagsfraktion auf, für die gründliche Umgestaltung dieses Gesetzesentwurfs nachdrücklich einzutreten; hierbei ist nicht nur der Wille der Erziehungsberechtigten so zu berücksichtigen, wie es die Reichsverfassung unter dem Zwang der überlieferten konfessionellen Gliederung Deutschlands verlangt, wie es aber auch die innere Neugestaltung der Schule wünschenswert erscheinen läßt, sondern es muß auch ein geordneter Schulbetrieb gemäß Art. 146 und damit eine möglichst hohe und einheitliche Leistungsfähigkeit des deutschen Schulwesens in volstem Maße gesichert werden. Ebenso dürfen die verfassungsmäßigen Rechte der Lehrer nicht beeinträchtigt werden.

Grundsätzlich erklärt der Parteitag, daß er nach wie vor in der weltlichen Schule die beste Form der Gemeinschaftsschule sieht, da sie allein die von dem modernen Volksstaat allen Bekennnissen und Weltanschauungen gegenüber zu übende Duldsamkeit gewährt und zugleich alle wertvollen Forderungen einer neuzeitlichen Schulreform am besten zu verwirklichen vermag.

Ebenso werden angenommen ein Protest gegen die neunjährige höhere Schule, ein Antrag auf Entfernung des monarchistischen Inhalts aus den Schulbüchern und ein Antrag auf Beschleunigung des Reichsjugendbeschulungsgesetzes. Von den übrigen Anträgen wird abgelehnt der Antrag, die Mittel für die jetzige Reichswehr und Marine grundsätzlich abzulehnen, ebenso ein Antrag auf Erlass eines allgemeinen Alkoholverbotes und Herstellungsverbots. Angenommen werden Anträge auf Beschleunigung der Sozialisierung des Bergwerkes, der Kohle, der Elektrizität, auf Entfernung der monarchistischen Offiziere aus der Reichswehr, auf Durchsetzung der Reichsflagge, auch auf See, auf restlose Beseitigung der Embleme der alten Monarchie, auf Durchführung der Trennung von Kirche und Staat, auf Sexualreform, gemäß den Beschlüssen der Frauenkonferenz, auf Beschleunigung der Verwaltungsreform, Erklärung des 1. Mai und 9. November zu gesetzlichen Feiertagen, Sicherung des Achtstundentages, Bekämpfung der reaktionären Amtsblätter, Schutz und Erweiterung der Selbstverwaltung, gründlichen staatsbürgerlichen Unterricht in Fortbildungsschulen, Einführung einer Reichsschuldensteuer zum Zwecke der Ungleichheit des Unterrichts, Ablehnung von Mitteln für die Technische Hochschule. Ferner wird angenommen ein Protest gegen die Pläne auf Schaffung einer neuen Verfassung. Eine sehr große Anzahl von Anträgen wird der Fraktion überwiesen, darunter Anträge auf rasche Durchführung der Demokratisierung der Verwaltung und Heranbildung eines demokratischen Beamtennachwuchses, Beschleunigung eines neuen Beamtenabstufungsrechts, Beibehaltung aller Wochenfeiertage und des Urlaubs, Ausbau der Sozialversicherung, Bekämpfung des Alkoholismus, Fernhaltung der Jugend von öffentlichen Tanzlokalitäten, Einführung einer Denkmalkontrolle und Einschränkung der Spekulation, Besteuerung der Nebenerwerbseinkünfte, Bekämpfung des Bodenwunders, Fortführung der Siedlungsstätigkeit, Reform des Mietwesens, Verbesserung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes, Aufhebung des Verbotes des Reichswirtschaftsministeriums deutscher Berufsbeamten. Abgelehnt wird ein Antrag, der verlangt, daß die Fraktion unter keinen Umständen dem früheren Reichskanzler Stresemann eine Pension bewilligen soll. Angenommen wird die Resolution Hauke über Oberschlesien.

Vorsitzender Wels teilt mit, daß die Vorschlagslisten für Parteivorstand und Kontrollkommission abgeschlossen sind. Neben dem Vorschlag auf Wiederwahl der bisherigen Mitglieder ist von der „Opposition“ eine Liste eingereicht worden, in der als Sekretäre vorgeschlagen werden: Hochhanou, Bielefeld, Dr. Heber-Bremen, Brogwig-Frankfurt, Freilich-Dresden, Strödel-Berlin und Rortwald-Frankfurt. Mit Ausnahme der beiden letzten erklären die Vorschlagskommissionen, daß man sie nicht gefragt hätte und daß sie eine Wahl ablehnen. Feilich, der Minister ist, ist nach dem Votum der Beifall nicht wählbar. Es folgt der nächste Punkt der Tagesordnung:

Die Wirkung des Versailler Friedensvertrages auf die innere und äußere Politik Deutschlands.

Referent Hermann Müller:

Bevor ich zum eigentlichen Thema komme, muß ich einige Bemerkungen machen, die mit dem Vortrag selbst in einem gewissen Zusammenhang stehen. Sie betreffen das Kabinett Wirth, das im Ausland allgemein als das Kabinett der Vertragserfüllung gilt. Mir wird mitgeteilt, daß die gesamte Berliner Presse Nachrichten bringt über eine Umbildung der Reichsregierung. Danach soll der Jöhrenschlüssel bereits sequestriert sein auf 3 Sozialdemokraten, 3 Zentrumsmittglieder, 2 Demokraten und 2 Deutsche Volksparteier. Die Sozialdemokraten hätten sich entschlossen, den Reichskanzler Wirth fallen zu lassen, um selbst den Reichskanzlerposten zu bekommen. Dafür hätten sie den Posten des Reichstagspräsidenten an das Zentrum abgetreten. Über alle diese Fragen hätten schon vor dem Göttinger Parteitag Besprechungen stattgefunden. (Lachen.) Ich erkläre alle diese Nachrichten in jedem Punkte für unwahr. (Bravo!) Ich mache auch wiederholt darauf aufmerksam, daß auf diesem Parteitage für die Aufnahme irgendeiner anderen Partei in die Regierung kein Beschluß gefaßt worden ist. (Sehr richtig!) Wir haben nur gewisse Grundzüge aufgestellt für eine eventuelle künftige Umbildung der Reichsregierung. Es ist schwer verständlich, wie Blätter, die seit längerer Zeit für eine breitere Grundlage der Reichsregierung eintreten, dieses Ziel erreichen zu können glauben dadurch, daß sie solche Schwindelnachrichten in die Welt setzen. (Sehr gut!) Wir haben es ja überhaupt mit der Umbildung der Reichsregierung gar nicht so eilig. Vom Standpunkt unserer Partei aus gesehen, wäre vielmehr der Opposition der Vorrang zu geben. Aber wir bringen das Opfer der Beteiligung an der Regierung, und wir können die Berliner Presse nur bitten, eingehender sich mit der Frage zu beschäftigen, was will und wird der Besitz sagen, wenn die Steuererlässe kommen? (Sehr gut!) Das allein ist entscheidend und bis dahin bleibe man uns mit allen Kombinationen vom Halse. (Beifall.)

Die 1870 erlangte Einheit des Reiches war begleitet von der „Freiheit unter der Fahne“. Das Bürgerrecht ging seinen Geschäften nach, überließ Bismarck die Politik und ließ auch dabei, als Wilhelm II. sein eigener Kanzler wurde. So vergingen wieder 50 Jahre, bis das deutsche Volk in den Weltkrieg schitterte, den

nur seine Alldeutschen als „Stahlpfad“ herbeischnitten und dessen Ausgang Deutschlands Stellung in der Welt vernichtete. Das mußte so kommen

wel der preußische Militarismus alle Friedensmöglichkeiten verschlug.

Belgien nicht selbsten wollte, die Chance der russischen Revolution nicht ausnutzte und durch den II-Boat-Krieg dann auch nach Amerika zum Eintritt in den Krieg zwang. Deutschland wurde ein Gewaltfrieden diktiert, der nichts als die Einheit rettete. Wir haben diesen Frieden unterzeichnet, weil nur so Deutschlands Zerstückelung und ein weiterer Krieg verhindert werden konnte. (Zustimmung.) Zu beidem war der französische Imperialismus damals und ist er auch heute noch bereit.

Ueber die Wirkungen des Versailler Friedens geben wir uns keinen Illusionen hin. Selbst wenn es gelang, Erleichterungen zu erzielen, wird Deutschland viele Jahrzehnte unter den furchterlichen Folgen des Krieges zu leiden haben. (Sehr wahr!) An diesem Frieden hat niemand seine Freude, auch die Sieger nicht. Das hat erst in den jüngsten Tagen der Streit um die deutsche Goldmilliarde bewiesen, der in Frankreich wegen der Verrechte, die Belgien und Frankreich beanspruchten, fast eine Ministerkrise herausbeschwor. Solche Streitigkeiten werden sich noch oft wiederholen. Es ist unmöglich, Deutschland die gesamte Wiedergutmachung aufzuerlegen, denn

ein Volk allein kann die Schäden nicht reparieren.

die der halben Welt in diesem Kriege zugefügt wurden. Das haben wir wiederholt ausgesprochen und darauf hingewiesen, daß eine deutsche Krise zu einer europäischen Katastrophe führen muß. Um die Befehung des Ruhrgebietes zu verhindern, auch um Oberschlesiens willen, haben wir unter Zwang dem Londoner Ultimatum zugestimmt und damit eine Atempause erreicht. In dieser Atempause müssen wir unsere Pflichten

bis zur äußersten Grenze des Möglichen

erfüllen. Der Haß mit dem Kontrakt nicht gar nichts. Ebenwenig die Spekulation auf die Uneinigkeit der Entente. (Sehr richtig!) Solange bei uns etwas zu holen ist, werden sich die Gegner vollständig einig sein. Die Welt muß vom deutschen Arbeitswillen und von der deutschen Friedfertigkeit überzeugt werden. Das allein kann uns retten. Helfferich hat in München von dem Verlangen des Arbeitswillens gesprochen. Der frivole Jyniler vergißt, wenn er den Förderungsrückgang in den Bergwerken als Beweis anführt, daß die Bergwerke in der Kriegszeit heruntergewirtschaftet sind. Wenn er einmal acht Tage mit seinen buttergeschmierten Kernen und Russelein im Bergwerk arbeiten müßte, würde er den ausgebeuteten Bergarbeitern keine Vorwürfe mehr machen. (Sehr gut!) Die Arbeiterlöhne in Deutschland sind auch heute noch unzureichend, und man betrachtet den deutschen Arbeiter im Ausland als Lohnräuber. Mit der Preissteigerung kommen die Löhne nicht mit, mit der sinkenden Wolva steigen die Preise weiter. Wir müssen zu einer

Kontrolle der Preise

kommen, oder soll gewartet werden, bis die Reparationskommission eingreift und bis sich auch hier die Ultimative ergibt: Selbsthilfe oder Ultimatum? Eine Fortdauer der gegenwärtigen Zustände muß zu österreichischen, polnischen oder russischen Verhältnissen führen. (Sehr wahr!) Daran hat aber niemand ein Interesse in der ganzen Welt. Worin besteht denn die Selbsthilfe? Wir müssen unser Budget in Ordnung bringen. Dazu helfen die direkten und indirekten Steuern nicht aus.

Wird die Entente endlich auf die Meinung des Volkes gehörend Rücksicht nehmen? Wird man endlich über Oberschlesien eine Entscheidung fällen, die der Abstimmung entspricht? Nach dem jetzt drei Jahre langen Waffenstillstand haben wir im Osten keine feste Grenze. Biele weiter wären wir, wenn in Schlesien Friede gemacht würde, wie es Lansing in Paris vergeblich vorschlug. (Sehr wahr!) Über daraus drohte ein Vordringen der Bolschewisten nach dem Westen! Wir haben den Bolschewismus aufgehalten, weil wir demokratische Sozialisten sind. Niemand hat es uns gebankt. Noch im Herbst 1919 fragten die Deutschenationalen: Ob es Roste wohl schaffen wird? Aber der schnelle Friede kam nicht, weil Frankreich Angst hatte vor einem zu schnellen Wiederaufbau Deutschlands. Heute sagt die Reparationspolitik eine treibhausmäßige Entwicklung voraus. Schon schreibt die ganze Welt über das „Volatubumpin“. Aber nur unfreiwillig leisten die deutschen Arbeiter Ausarbeit, während sie sich und ihren Kindern keine Etifel und keine Kleider kaufen können. Das sehen die Ausländer nicht, die die ersten Hotels besuchen. Der Versailler Vertrag darf

nicht der Weisheit letzter Schluß

sein. Eine Befundung ist erst möglich, wenn Deutschland und Rußland wieder in die Weltwirtschaft einbezogen sind und wenn das deutsche Eigentum in Uebersee nicht mehr vogelfrei ist. Entwürdigend sind die Bestimmungen über die Duldung von deutschen Konsulaten. Solche Entwürdigungen stärken den deutschen Rationalismus. Wir bekämpfen ihn, aber der Kampf wird uns erschwert durch die Entente. Auch die Verwendung farbiger Truppen nützt deutsche Rationalisten. (Sehr richtig!) Aktive Außenpolitik ist das neueste Schlagwort. Das Eimonische Rein war der Anfang, und selbst Demokraten waren begeistert. Aber die aktive Außenpolitik ist infolge der

durch Ludendorff organisierten Niederlage

auf lange Zeit unmöglich, und für später wäre ihre Voraussetzung die Niederhaltung jeder Generalpolitik. (Sehr gut!) Die Deutschenationalen hätten natürlich alles besser gemacht. Man denke sich Helfferich, Hertg, den Grafen Westarp und den Edlen von Braun als Unterhändler. (Sehr gut!)

Unsere politische Lage seit November 1918 ist das Ergebnis des schnell entschlossenen Willens der Entente, den unterlegenen preußischen Militarismus ein für allemal unmöglich zu machen. Frankreichs Kriegsziel war auf die dauernde Unschädlichmachung der deutschen Militärmaschine eingestellt. Man fürchtete den Revanchekrieg, wenn auch nicht für die nächsten Jahre, so doch für die kommenden Jahrzehnte. Deshalb hat Frankreich, von der ganzen Entente unterstützt, die deutsche Abrüstung durchgeführt. Tatsächlich geschieht bei uns nichts, was den anderen unbekannt bleiben könnte. Es ist ganz unmöglich, hinter ihrem Rücken eine neue Armee zu bilden. Aber gerade weil die Entente alles erfährt, muß die Entwaffnung schneller durchgeführt werden. Der Versuch, für die Einwohnerwehren Ersatz zu schaffen, wäre ein ebenso großes Verbrechen wie der Frontlämpferkrieg im Stadion es war. Mit welcher Frivolität diese Veranstaltung inszeniert wurde, geht daraus hervor, daß man bei dem entthronten Deserteur im Haus Doorn ein Telegramm bestellte, in dem ganz wie früher gesagt wurde: „Die Erinnerung an die große Zeit ist das letzte Feuer in dem noch nicht erleuchteten Dunkel der deutschen Zukunft.“ (Hört, hört!) Dieser Mann ist ja persönlich unschädlich, aber

das deutsche Volk muß die Jede bezahlen.

wenn im Stadion Tausende politisch Unmündiger ausgerechnet „Heil dir im Siegerkranz“ singen. Die Regimentsfeiern wirken nach außen wie Kontrollversammlungen. Solange noch ein militärischer

Geist in Deutschland herrscht, wird es zu einer Revision der Versailler Bestimmungen nicht kommen. Erst wenn überall in Deutschland ein neuer Geist eingezogen ist, könnten vielleicht einmal Verhandlungen über eine Abkürzungszeit der Befehung Erfolg haben. Vor der Hand ist daran nicht zu denken.

Solange die Wortführer des Antipartikularismus ihr Unwesen treiben, ist auch eine objektive Untersuchung der Schulfrage nicht möglich. Die Rechtsparteien behaupten, das Schulbekenntnis wäre die Grundlage des ganzen Friedensvertrages. Nun die Grundlage ist das

Bekennnis der deutschen Niederlage durch Ludendorff

in seinem Oktobertelegramm mit der Forderung nach einem sofortigen Waffenstillstand. Wir haben niemals die Klein Schuld Deutschlands behauptet, sondern stets die Deffnung aller Archive verlangt. (Sehr wahr!) Diese Forderung kann aber nur stellen, wer einen Teil der Schuld zugibt. Die Revision kann nur von einem innerlich überzeugten pazifistischen Deutschland erreicht werden. (Beifall.)

Wo bleiben die 14 Punkte Wilsons? Wo die Abschaffung der Geheimdiplomatie, wo die Freiheit der Meere, wo die offenen Handelsbeziehungen für alle großen und kleinen Nationen? Was ist für die Arbeiter geschehen, da nach Artikel 387 der Weltfriede auf dem Boden sozialer Gerechtigkeit gegründet werden sollte? Das wird ohne Einigkeit der Nationen niemals durchgeführt werden.

Die Haltung der deutschen Arbeiterklasse ist das größte Aktium der deutschen Außenpolitik. Die Verhandlungen der deutschen und französischen Arbeiter in Genf, die Verhandlungen von Amsterdam, die internationale Jugendtagung in Jena sind die Gegen-Aktina gegen den Kapp-Putsch. Der Aufmarsch der 500 000 in Berlin nach Erzbergers Ermordung und das Zurückdrängen der Monarchisten in die Defensive, das sind Aktina der Außenpolitik. (Sehr gut!)

Die französischen Imperialisten krebzen mit der monarchistischen Gefahr in Deutschland, obwohl sie

gegen die Arbeiterklasse kein Monarch in Deutschland

halten könnte. Die Hohenzollern gehören der Geschichte an. (Beifall.) Sie sollten sich einen nützlichen Beruf wählen. (Heiterkeit, Zustimmung.) Im übrigen würde auch die Entente eine Monarchie, selbst wenn sie möglich wäre, keine acht Tage dulden. Denn die Entente weiß, daß jeder künftige deutsche Kaiser aus Gründen der Selbsthaltung den Revanchekrieg vorbereiten müßte. Wer in Deutschland nicht Pazifist bleibt, hat die außenpolitische Lage Deutschlands nicht begriffen.

Deutschland kann nur leben als Republik.

Es wird nur als Republik ein gleichberechtigtes Mitglied der europäischen Völkerrfamilie werden. Der Völkerrbund von heute ist kein Ideal. Er verdrängt seine Entstehung dem Versailler Gewaltfrieden, und Deutschland, Rußland und Amerika gehören ihm nicht an. Lansing selbst sagt, daß er eine Organisation sei, die dem Unrecht den Stempel des Rechts aufdrücken soll. Wird die Konferenz in Washington Besserung bringen? Bisher funktioniert der Apparat noch nicht. Wenn der Völkerrbund wirklich eine Magna charta der Rechte und der Freiheiten der Völker werden und sein Werk seinen Zweck erfüllen soll, darf in Genf nicht mehr die Frage aufkommen, ob Genf — ein zu teures Pfälzer ist. Die Erhaltung und Sicherung des Weltfriedens darf keine zu kostspielige Sache sein. Der Völkerrbund muß aus einem Diplomatenkongreß zu einem Völkerrparlament werden, in dem Sozialisten mit Sozialisten und Pazifisten mit Pazifisten aus der ganzen Welt eine gemeinsame Front haben und wo nur die Rationalisten isoliert sind. Im übrigen muß der Völkerrbund entnationalisiert werden. Rechtsfragen dürfen nur nach Rechtsgrundsätzen entschieden werden. Wenn uns die Lore zum Völkerrbund geöffnet werden, so werden wir an seiner Verfassung mitarbeiten. Der Erfolg dieser Mitarbeit hängt aber von dem Vertrauen, das wir genießen, ab, und dieses Vertrauen hängt davon ab, daß wir den guten Willen haben, mit allen Völkern für den Frieden zu arbeiten. Die deutschen Staaten haben Vertrauen zu der deutschen Republik, aber auch nur zu einer Republik. Nur durch eine friedfertige Politik kann ein wirklich gerechter und dauerhafter Frieden erreicht werden. Nicht mit Drohten und Deklamationen werden wir das erreichen, nur durch Arbeit und Erfüllung, und durch Erhaltung des Vertrauens zum neuen Deutschland wird die Welt von den Schrecken des Krieges allmählich genesen. (Stürmischer langanhaltender Beifall.)

Der Referent unterbreitet folgende

Entschliebung:

„Die wirtschaftlichen und finanziellen Bestimmungen des Versailler Vertrages haben die Wiederkehr normaler weltwirtschaftlicher Beziehungen verhindert. — Die Gefundung der europäischen Wirtschaft hat die Mitarbeit der aufbaubereiten Kräfte aller Völker zur Voraussetzung. — Die deutsche Sozialdemokratie war zu dieser Mitarbeit stets bereit und hat insbesondere alles getan, um einen schleunigen Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs und Belgiens nach besten Kräften zu fördern. Die dem deutschen Volke durch den Versailler Vertrag auferlegte Gesamtlast ist aber auf die Dauer unerträglich, denn die Schäden des Weltkrieges sind so ungeheuer, daß sie von einem Volke allein nicht repariert werden können. — Durch das Sinken der deutschen Währung, das durch das vaterlandlose Treiben gewisser Börsenspekulationen in Handel und Industrie stark gefördert wurde, gestalten sich die wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands zu den Völkern starker Wolva immer schwieriger. In den Ländern höherwertiger Währung steigt die Arbeitslosigkeit fortgesetzt, weil nach den Ländern minderwertiger Wolva der Export fast unmöglich wird. — Die Lage der Arbeiterklassen in den Steigerstaaten, den neutralen Völkern und den Völkern der Besiegten fordert deshalb alsbaldmöglichst gebieterisch die Revision des Versailler Vertrages. Vor allem aber ist eine schnelle, auf das Ergebnis der für Deutschland anstehenden Abstimmung gegründete Entscheidung über das für Deutschland lebenswichtige obereschleifische Industriegebiet erforderlich. — Ferner muß die sofortige Aufhebung der völkerrrechtswidrigen, überdies dem Versailler Vertrag widersprechenden militärischen und wirtschaftlichen Sanktionen im Westen gefordert werden. Die Anwendung der wirtschaftlichen Sanktionen erreicht die Zusammenhänge der deutschen Volkswirtschaft und fört damit den deutschen Wiederaufbau, der überhaupt nur durch Zusammenfassung aller Kräfte erreicht werden kann. — Die Anwendung der wirtschaftlichen und der militärischen Sanktionen liefert den deutschen Nationalisten Wasser auf die Mühlen und erschwert damit der deutschen Sozialdemokratie ihren Kampf für eine Politik der Völkerverständigung. — Die deutsche Sozialdemokratie ist gewillt, mit allen Mitteln die Reaktion niederzuhalten und die Republik gegen jeden Ansturm zu sichern. Sie wird dafür sorgen, daß den Reaktionen durch eine fortschreitende Demokratisierung des gesamten staatlichen und öffentlichen Lebens das Handwerk gelegt wird, denn das Treiben der deutschen Nationalisten schädigt das Ansehen des neuen Deutschlands in der ganzen Welt und lähmt im Ausland die Arbeiterfreunde der Revision des Friedensvertrages. Nur als eine friedliebende, zur Zusammenarbeit mit allen Völkern bereit deutsche Republik kann Deutschland nach dem Ergebnis dieses durch die Schuld des deutschen Militarismus verlorenen Krieges fortbestehen. Diese Auffassung in den weitesten Kreisen des deutschen Volkes zur Anerkennung zu bringen, ist eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Sozialdemokratie.“

Vorsitzender Wels: Es sind mehrere Telegramme von Organisationen der Arbeitsinvaliden eingegangen, welche die

Partei dringend um Wahrnehmung ihrer Interessen bitten. Der Parteitag hat bereits durch Annahme der entsprechenden Anträge gezeigt, daß die Partei auch in dieser Richtung arbeiten will. — Einen Brudergruß sendet dem Parteitag das Mitglied der ersten Internationalen Genosse von Rot-Holland. Von einigen Frankfurter Delegierten ist ein Protest dagegen eingegangen, daß der Antrag, der die Deutsche Volkspartei für nicht bündnisfähig erklärt, nicht zu der beantragten namentlichen Abstimmung gebracht worden ist. Das Bureau kann nichts daran ändern, wenn der Parteitag durch Annahme eines Antrages alle übrigen für erledigt erklärt.

Diese Erklärungen gehen zu Protokoll. Die weiteren Beratungen werden auf Freitag vormittag vertagt. Schluß 1/2 Uhr.

Nach Jena.

Aus den sechs für die Generalversammlung der Metallarbeiter in Jena bestimmten Tagen wurden acht. Während dieser acht Tage, von den frühen Morgenstunden bis in die tiefe Nacht hinein, Verhandlungen und immer wieder Verhandlungen. In den Pausen, die der Erholung und Kräftigung dienen sollten, lange und erregte Fraktionsstimmungen. Als die Bewältigung der zu erledigenden Aufgaben nur langsame Fortschritte machte, mußte eine dritte, eine Abendsitzung eingelegt werden. Daneben zahlreiche Kommissions-, interfraktionelle und andere Sitzungen. Und trotz dieser Fülle von Arbeit kein Nachlassen, kein Erschlaffen der Energie. Bei Eröffnung der Sitzungen die Plätze besetzt bis auf den letzten. Die Ausführungen aller Redner ohne Unterschied der Fraktionen wurden ausnahmslos mit ungeteilter Aufmerksamkeit entgegengenommen.

Allerdings, das zu lösende Problem ging auch über die auf gewerkschaftlichen Tagungen sonst zu lösenden Aufgaben weit hinaus. Die Frage der Einigung des Proletariats, mit der die Kommunisten aus natürl. Agitationsbedürfnis tagtäglich Schindluder treiben, wurde hier von Arbeitern der SPD. und USPD. endlich einmal von der praktischen Seite angefaßt und, das kann gleich hinzugefügt werden, glücklicherweise auch erfolgreich. Stuttgart war Trennung, Jena dagegen Annäherung, Verständigung. Leicht war die zu lösende Aufgabe wahrlich nicht. Das Auseinanderfallen, das Spalten ist eine Kleinigkeit. Das Zusammenkoppeln aber, das Wiedervereinigen nach all den unerquidlichen Begleiterscheinungen, die jede Trennung mit sich bringt, ist dagegen ein Ausmaß.

Die Unabhängigen hatten sich die Arbeit sicherlich leichter vorgestellt. Wenn ihnen auch die Ueberlegenheit der SPD-Fraktion, die mit 410 Delegierten über 40 Mandate mehr als die Unabhängigen und Kommunisten zusammengekommen verfügen, imponieren mußte, so spezialisierte man doch auf die bekannte Gültigkeit der SPD-Kollegen auf der einen und auf die Gerissenheit Dismanns auf der anderen Seite.

Gleich der Luft der Generalversammlung, der Durchfall der USPD-Fraktion bei der Wahl der Vorsitzenden, mußte sie eines Besseren belehren. Wie eine kalte Dusche wirkte das zielbewusste Auftreten der 410-Männer-Fraktion mit ihrem Führer Haas an der Spitze. Die Marschroute der SPD-Delegierten war einfach, klar, aber auch bestimmt. Ihr Handeln war von vornherein diktiert von der zwingenden Notwendigkeit einer Verständigung. Dieses oberste Gebot schloß von vornherein eine Politik, die nach etwas ähnlichem wie Vergeltung aussehen konnte, vollständig aus. Mit demselben Zeitgefühl, mit dem unsere Genossen die Ansprüche der Unabhängigen respektierten und behandelten, mußte den Unabhängigen aber doch beigebracht werden, daß Mehrheit letzten Endes auch Mehrheit bleiben muß, und das war nicht leicht. Für den auf zwei Jahre zu wählenden Verbandsvorstand bestanden die Unabhängigen bis auf den letzten Tag auf Parität. Hier ließ Dismann alle Minen springen. Wie ein Löwe kämpfte er für das Prestige seiner Partei. Wenn letzten Endes Haas der robusten Widerstandskraft Dismanns Herr wurde, so verdankt er es neben der Fraktion, die in der ganzen Woche wie ein Mann hinter ihm stand, vor allem dem einwandfreien Rechte der Mehrheit, die er vertrat.

Die schlechteste Verständigung beruht auf dem Verhältnis von 6 : 5 bei den 11 besetzten und 11 unbesetzten Vorstandsmitgliedern. Für unsere Genossen bedeutet dieses Kompromiß so wenig einen Sieg, wie es für die Unabhängigen keine Niederlage bedeutet. Eine Verständigung für ein gemeinsames Aktionsprogramm, das der „Freiheit“ allerdings nicht gefallen will, war sehr schnell gefunden. Das Vorgehen des Verbandsvorstandes gegen die Kommunisten wurde gebilligt, die bereits vollzogenen Ausschüsse sanktioniert. Um die praktische Arbeit des neuen Vorstandes zu erleichtern, mußten wichtige Bestimmungen des Statuts geändert werden. Die unbesetzten Vorstandsmitglieder wurden bis jetzt von der Verwaltungsstelle, in der der Hauptvorstand seinen Sitz hat, gewählt. Solange es keine politischen Fraktionen gab, war dieser Zustand ganz in der Ordnung. In Stuttgart dominiert nun zufällig neben einer starken Minderheit eine kleine kommunistische Mehrheit. Es wäre natürlich unerträglich, wenn die Stuttgarter Kommunisten das Recht behielten, die 11 unbesetzten Vorstandsmitglieder zu stellen. Diese Vorstandsmitglieder werden jetzt von der Generalversammlung gewählt, aber aus den Reihen der Stuttgarter Kollegen genommen.

Die Kommunisten mußten natürlich gegen diese „Entrechtung“ reden. Sie schieden Kalzahn vor, der bei dieser Gelegenheit reichlich viel Witz machte. Er war jedoch so vernünftig, jede künstliche Aufregung zurückzustellen. Die Haltung der Kommunisten war überhaupt sonderbar. Der Beobachter war manchmal versucht anzunehmen, daß sie auf dem Wege der Besserung seien. Sie verzichteten im Plenum auf jedes revolutionäre Theater. In den Kommissionen wurden Beschlüsse, soweit dieselben dem politischen Tagesstreit entrückt waren, zumeist einstimmig gefaßt. Die Leitung der Generalversammlung, die sich unser Genosse Böcker mit dem Kommunisten Braß teilte, war eine geradezu vorbildliche. Wie gelangt die Kommunisten betrogen sich artig. Ob es nun wirkliche Besserung oder mehr berechnete Taktik war, das müssen die nächsten zwei Jahre lehren.

Alles in allem, das Resultat dieser arbeitsreichen Generalversammlung entspricht den Wünschen und Hoffnungen der überwältigenden Mehrheit der deutschen Metallarbeiter. Hoffen wir, daß in zwei Jahren in Rassel auf demselben Wege rüstig weitergeschritten wird.

Wirtschaft

Schwererfassung und Reichswirtschaftsrat.

Der Reparationsausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrats hatte zur Beratung des Antrages Wissell (Heranziehung der Goldwerte für Reparation) einen neungliedrigen Arbeitsausschuß eingesetzt. Dieser hat sich in mehreren Sitzungen mit dem Angebot der Industrie beschäftigt, dem Reiche durch Inanspruchnahme eines langfristigen Kollektivkredits die Mittel zur Erfüllung der ausstehenden Verpflichtungen für die nächsten Jahre zur Verfügung zu stellen.

Die Vertreter der nichtindustriellen Berufskreise innerhalb des Ausschusses gaben der Ueberzeugung Ausdruck, daß zu Trägern der Kreditation außer der Industrie auch die übrigen Gewerbe, insbesondere die Landwirtschaft, das Handwerk, der Handel und der Hausbesitz, herangezogen werden müssen. Es wurde auf Anregung des Ausschusses ein Plan zu einer Kreditorganisation von dem Referenten Dr. Hohenberg ausgearbeitet, der in erster Lesung vom Ausschuh gutgeheißen wurde.

Der Entwurf sieht eine Zusammenfassung der Gewerbe und der Land- und Forstwirtschaft in Anbetrachtung an die Berufsgenossenschaften vor. Als Kreditgrundlage ist die Haftung der einzelnen Mitglieder gegenüber der gesamten Organisation gedacht. Die Haftung ist auf bestimmte Summen für jedes einzelne Mitglied beschränkt, steht aber in gewissen Grenzen eine Haftung jedes Mitgliedes für den Ausfall innerhalb dieser Gruppe vor. Die Mitglieder sind berechtigt, diejenigen Beträge, die sie für die Amortisation, Zinsen und Kosten aufwenden, von einem bestimmten Zeitpunkt ab mit dem Reiche auf bestimmte Steuern zu verrechnen.

Innerhalb des Ausschusses bestand Uebereinstimmung darüber, daß die Kreditbeschaffungsaktion der Gewerbe für die äußeren Reparationszwecke die Durchführung der Besitztsteuer-gesetze in der Form, wie sie der Reparationsausschuß beschloffen hat, nicht berührt.

Es wird in der nächsten Woche eine zweite Lesung des Organisationsentwurfs innerhalb des Arbeitsausschusses stattfinden.

Ein löblicher Entschluß. In der Frage der künftigen Entwicklung unserer Preisverhältnisse wendet sich der hauptausschuß des Deutschen Industrie- und Handelsverbandes an alle Kreise von Industrie, Großhandel und Einzelhandel mit folgendem Beschlusse: „Der hauptausschuß des Deutschen Industrie- und Handelsverbandes gibt der Auffassung Ausdruck, daß Industrie, Großhandel und Einzelhandel mehr als bisher zusammenarbeiten sollten, um die wachsende Steigerung aller Preise soweit wie möglich einzudämmen. Auf die Berücksichtigung der berechtigten Interessen des Einzelhandels als des letzten gewerblichen Abnehmers ist hierbei besonderes Gewicht zu legen. — Der hauptausschuß richtet an Industrie und Handel die dringende Mahnung, sich einer Entwicklung entgegenzusetzen, die unter dem Einfluß der neuerlichen Geldentwertung abermals zu den in der Hochkonjunktur von 1919/20 hervorgetretenen Mißständen zu führen droht. Es muß insbesondere erwartet werden, daß jede Wirtschaftsgruppe ihr gesteigertes Risiko selber trägt, damit nicht eine unerträgliche Ueberlastung der weiteren Glieder im Verkehrsprozeß und eine Unsicherheit in den vertraglichen Beziehungen der Kaufleute Platz greift, die einer Ausbeutung der Lage durch zweifelhafte Elemente Vorhub liefert.“

Die Außenhandelsnebenstelle Feinkeramik hat in ihrer hauptausschuss-sitzung am 14. September 1921 in Berlin einstimmig den Beschluß gefaßt, daß in Zukunft als Bedingung für die Erteilung von Ausfuhrbewilligungen dem Antragsteller die Verpflichtung auferlegt wird, binnen einer nach festzusetzenden Frist 50 Prozent des Gesamtwertes der erteilten Ausfuhrbewilligungen in nicht-valutarischen Devisen an die Reichsbank oder die von dieser bezeichneten Stellen abzuführen. Sollte eine Firma nicht in der Lage sein, in diesem Umfang tatsächlich in ausländischen Zahlungsmitteln die Regulierung durchzuführen, so hat sie dies im Beanstandungsfall sowohl der Reichsbank als auch der Außenhandelsnebenstelle Feinkeramik glaubhaft zu machen. Die Außenhandelsnebenstelle wird ihrerseits der Reichsbank laufend Nachrichten über die den einzelnen Firmen erteilten Ausfuhrbewilligungen erstellen. — Es wäre zu wünschen, daß die anderen Außenhandelsstellen von Exportindustrien, soweit sie ganz oder vorwiegend inländische Rohstoffe verarbeiten, sich diesem Vorgehen anschließen. Hier ist ein im besten Sinne gemeinwirtschaftliches Betätigungsfeld für die Organe des Außenhandels, die so zur Vinderung der Devisennot des Reiches und zur Erfüllung der Reparationen beitragen können.

Kaufmann der Solinger Industrie. Aus Solingen wird gemeldet: Die Zahl der Erwerbslosen im Solinger Industriebezirk geht stark zurück. Während im Juli noch 2000 Erwerbslose vorhanden waren, sind es heute deren nur noch 400. Insbesondere kann die Nachfrage nach gelernten Industriearbeitern nur noch schwer befriedigt werden. Die Solinger Industrie ist wegen des Marksturzes augenblicklich mit Auftragsausfällen überhäuft.

Maßnahmen gegen die Devisenpfeulung in Wien. Die österreichische Regierung hat für Devisen- und Valutageschäfte den Legitimationszwang eingeführt und für die Uebertretung der Devisenparagrafen Arreststrafen bis zu sechs Monaten und Geldstrafen bis 20000 Kronen und den Verfall der beschlagnahmten Valuten festgesetzt.

Die Agrarpolitik der Sowjetregierung. Nach Mitteilung des Volkskommissars für Landwirtschaft Teodorowitsch an die Mitglieder der finnländischen Handelsdelegation vergibt die Sowjetregierung Landkonzessionen an Ausländer zu verschiedenen Zwecken: 1. Zur Ausübung von Jagd und Fischfang, ferner zum Anbau von Reis und Flachs, sodann große bisher unbedebaute Flächen zum Anbau von Weizen, Roggen und anderem Getreide, und schließlich kleinere Distrikte von 300 bis 1000 Dehjatinen (1 Dehjatine gleich 1,1 Hektar) zur Einrichtung sog. Musterwirtschaften. Die Pächter sind verpflichtet, lebendes und totes Inventar zu beschaffen und durch die mustergültige Bewirtschaftung der umwohnenden Bevölkerung ein praktisches Beispiel moderner Landwirtschaft zu geben. — Nach einem Projekt, das vom Volkskommissariat für Landwirtschaft genehmigt ist, soll auch an Inländer, und zwar an städtische Konsum- und ländliche Produktionsgenossenschaften Land in Pacht gegeben werden. Die Bewirtschaftung muß dabei mindestens 25 Proz. das niedere Personal zu 50 Proz. aus russischen Staatsangehörigen bestehen; nach einer bestimmten Frist geht das gesamte investierte Kapital in den Besitz des Staates über.

Irische Frage und Schulzölle. Die Lösung des irischen Problems wird außer durch politische und soziale Gründe besonders durch die Frage der wirtschaftlichen und finanziellen Autonomie Irlands erschwert. Ohne die Gewährung einer solchen Autonomie ist eine Einigung kaum denkbar. Durch diese soll aber Irland das Recht zustehen, die englischen Waren mit Zöllen zu belegen. England hat vor kurzem unter dem Druck der Verhältnisse und um seine während des Krieges gemachten Versprechungen einzuhalten, Indien die Stellung einer Dominion mit finanzieller Autonomie gegeben. Es war eine schwere Enttäuschung für die englische Textilindustrie, als das erste indische Parlament eine sehr bedeutende Zollerhöhung auf Textilwaren beschloß. Sie befürchtet jetzt die Wiederholung des irischen Vorgehens in Irland, sobald dieses zu einer ähnlichen Autonomie gelangt. Baumwollwaren werden zwar in Irland kaum hergestellt, somit bedarf die irische Textilindustrie eines Zolles höchstens für Wolllwaren, zum Schutz ihrer Wollindustrie. Andererseits ist Irland trotz bedeutender Maschinenindustrie vorwiegend ein Agrarland, mit großen landwirtschaftlichen Ueberflüssen. Und die landwirtschaftliche Bevölkerung hat kein Interesse an der Vertreibung der Industriekartelle durch Schulzölle. Trotzdem liegt die Schaffung eines Zollsystems im Bereich der Möglichkeiten, sowohl um Staatseinkünfte aus den Zöllen zu sichern, wie auch als Maßnahme gegen das gebaute England. Die landwirtschaftliche Bevölkerung Irlands bringt zwar für ihre Befreiung große Opfer, möchte aber neue hohe Steuern nicht gern tragen, und in solchen Fällen bilden Schulzölle einen guten Ausweg. Auch würde der Hof gegen England nicht so bald verschwinden und an Stelle des gegenwärtigen Bonitäts würde wahrscheinlich der hohe Schulzoll treten. England, das selbst vom Wege des Freihandels gewichen war, dürfte jetzt die Nachahmung seines Beispiels durch das autonom gewordene Irland schmerzlich empfinden. Aus diesen Erwägungen verhalten sich die Kreise, die sonst eine Einigung anstreben, kühl gegen die irische Forderung nach einer wirtschaftlichen Autonomie.

Soziales.

Die Krankenpflegeausbildung.

Das Ministerium für Volkswohlfahrt hat neue Vorschriften über die staatliche Prüfung von Krankenpflegepersonen nebst einem Ausbildungsplan herausgegeben, die wichtige Veränderungen enthalten. Neben der Zusammenfassung des Prüfungsausschusses aus einem beamteten und zwei praktischen Ärzten wird jetzt vor allem bei der Zulassung zur Prüfung ein Nachweis über die zweijährige Teilnahme an einem Lehrgang in einer staatlichen oder staatlich anerkannten Krankenschule gefordert. Ausnahmen sind zulässig bei Personen, die den Nachweis einer mindestens gleichwertigen Ausbildung in der Krankenpflege beibringen, ebenso bei Sanitätsunteroffizieren mit mindestens zweijähriger Dienstzeit, die noch nicht länger als zwei Jahre aus dem aktiven Dienst ausgeschieden sind, von dieser Zeit aber mindestens die Hälfte Krankenpflege ausgeübt haben. Die Prüfung selbst zerfällt in eine mündliche und praktische Prüfung. Mit der mündlichen Prüfung werden verlangt Kenntnisse auf folgenden Gebieten: Bau und Berrichtungen des menschlichen Körpers, allgemeine Lehre von den Erkrankungen und ihren Erscheinungen, Einrichtungen der Krankenzimmer, Krankenwartung, Krankenernährung, Krankenbeobachtung, Hilfeleistungen bei der Krankenunterstützung und -behandlung, Pflege bei ansteckenden Krankheiten. Für weibliche Bräutlinge außerdem die wichtigsten Grundzüge der Säuglings- und Kleinkinderpflege. In der praktischen Prüfung werden die Bräutlinge ihre Kenntnisse in der Krankenpflege praktisch zu erweisen haben. Auf Grund der bisherigen Vorschriften vom 10. Mai 1907 können noch solche Personen zur Prüfung zugelassen werden, die schon vor dem Erlaß in der Ausbildung begriffen waren und bis spätestens 1. Oktober 1921 einen dahingehenden Antrag gestellt haben. Daselbst gilt für diejenigen, die bereits seit dem 1. Oktober 1920 im Dienste einer öffentlichen Krankenanstalt tätig sind. Befreit von der Prüfung können Sanitätsunteroffiziere werden, die eine mehr als fünfjährige aktive Dienstzeit zurückgelegt haben und darüber ein Zeugnis ihrer vorgesetzten Behörde beibringen können. Vorausgesetzt wird dabei, daß die Bewerber noch nicht länger als zwei Jahre aus dem aktiven Dienst ausgeschieden sind und auch während dieser Zeit mindestens die Hälfte Krankenpflege ausgeübt haben. Gesuche um Anerkennung als Krankenpfleger sind an den zuständigen Regierungspräsidenten zu richten. Außerdem können befreit werden Personen, die schon früher einen Krankenpflegelehrgang von ausreichender Dauer mitgemacht haben und nachweisen können, daß sie mindestens fünf Jahre lang in der Privatpflege oder im Anstalts- und Gemeinbedienst tätig waren. Ihnen wird auf Antrag, der spätestens bis zum 1. Juli 1922 an den zuständigen Regierungspräsidenten einzureichen ist, die staatliche Anerkennung als Krankenpfleger erteilt werden, wenn sich der Prüfungsausschuß dafür ausgesprochen hat. Im Ausbildungsplan wird vor allem die Notwendigkeit der praktischen Ausbildung betont. Es wird im einzelnen auf die notwendigen Kenntnisse und Fertigkeiten, die sich der Schüler während seiner Ausbildung aneignen muß, eingegangen.

Enteignung zugunsten der Kleinfiedler.

Wohl die erste Enteignung eines Großgrundbesitzes zur Gewinnung von Land für Kleinfiedlungen hat das Landeskulturamt der Provinz Brandenburg in Frankfurt a. d. O. ausgeprochen. In der Sitzung des Ständigen Ausschusses des Landeskulturamts für die Provinz Brandenburg, an der der Präsident des Landeskulturamts Peterken als Vorsitzender, der Verbandsvorsitzende des Landlieferungsverbandes der Provinz Brandenburg und Grenzmark, Hauptwirtschaftsdirektor von Winterfeld zu Neuendorf, und der Generaldirektor der Landgesellschaft Eigene Scholle, Regierungs- und Landesökonomierat Otto zu Frankfurt a. d. O., teilnahmen, wurde auf Antrag des Landlieferungsverbandes der Provinz Brandenburg und Grenzmark die Enteignung der im Kreise Ruppin gelegenen Güter Alt- und Neulöwenberg unter Ausschluß des Sippenverfalls Soppentrade und der zusammenhängenden Waldflächen, soweit diese für die Durchführung einer ordnungsmäßigen Vorfiedlung nicht benötigt werden, (Eigentümer: Freiherr von Werthern zu Neubausen, Regierungsbegleit. Erturt) auf Grund des Reichsiedlungsgesetzes vom 1. August 1919 zu Siedlungszwecken für zulässig erklärt. Zu den Gründen des Beschlusses heißt es: Das dringende Bedürfnis nach geeignetem Siedlungsland ist in dem Kreise Ruppin auf andere Weise, insbesondere nach den Vorschriften der §§ 2, 4, 13, 14 des Reichsiedlungsgesetzes nicht zu befriedigen. Infolgedessen rechtfertigt sich der Enteignungswang. Der von der Freiherr von Werthernischen Begüterung enteignete Teil gehört zu einer Besitzung von ungewöhnlich großem Umfang. Hinzukommt, daß der Besitzer sich niemals auf der Begüterung aufhält. Das Gut ist für Siedlungszwecke durchaus geeignet.

Sport.

Rennen zu Karlsruh. Donnerstag, 22. September. Das Schmidt-Bauk-Rennen (als Jusianella als leichte Siegerin mit 10 Rängen vor Reiterabend).

1. Goldlad-Ragbrennen. 20000 M. 3400 Meter. 1. Coriolan II (H. Stoh), 2. Dergog II (Dr. Müller), 3. Scylla (H. Wegel), Tot: 42; 10. Platz: 15, 45, 14; 13. Ferner liefen: Raubgrün (4.), Dute (Stehengel), Nadinger, Erlaune, Dühr Spitze, Witaler, Anru, Feterinken. — 2. Glädskind-Ragbrennen. 20000 M. 3400 Meter. 1. Gwilt (H. Bertram), 2. Orka (H. Keller), 3. Ralte (H. Belzer), Tot: 25; 10. Platz: 11, 13, 14; 10. Ferner liefen: Reuerskot (4.), Sada, Verden, Jmsbrud, San Marina. — 3. Hera-Güldenaustrich. 25000 M. 3000 Meter. 1. Conventum (Rufales), 2. Weiserin (H. Scholz), 3. Traudine (H. Lewick), Tot: 41; 10. Platz: 16, 17; 10. Ferner liefen: Fontoe (4.), Cassan, Alandern, Karal. — 4. Schmidt-Pauli-Ragbrennen. 75000 M. 5500 Meter. 1. Jusianella (H. Belzer), 2. Reiterabend (H. Keller), 3. Volgt (Krieger), Tot: 14; 10. Platz: 11, 13; 10. Ferner liefen: Gerbild (4.), Gerden, Baldrieden. — 5. 6500. Rennen. 35000 M. 2200 Meter. 1. Sima Fein (H. Scholz), 2. Lauge (Ulrich), 3. Dergog (H. Belzer), Tot: 49; 10. Platz: 18, 25, 45; 10. Ferner liefen: Anardit II (4.), Uretella, Golberg (gef.), Trompeter II, Enob, Almandah. — 6. Karli-Güldenrennen. 20000 M. 3000 Meter. 1. Rotgold (H. Ulrich), 2. Wolbau (H. Stange), 3. Capitallit (Kranzlin), Tot: 140; 10. Platz: 24, 23, 17; 10. Ferner liefen: Sellabana (4.), Marietta, Rehrmann II, Kaladit, Taktfest, Burzelmann, Sechanen ausd., Meria. — 7. Preis von Hohenbrunn. 18000 M. 1800 Meter. 1. Habau (Dietrich), 2. Adstant (H. Schmidt), 3. Ferne (Dr. Müller), Tot: 32; 10. Platz: 16, 35, 22; 10. Ferner liefen: Glädskind (4.), Balgast, Ball, Scylla, Balga, Carlo, Reinfalt, Saloppe.

Arbeitersport.

Lehrerturnverein „Die Naturfreunde“ (Ortsgruppe Berlin). Abt. Offen: Bernhausen-Strausberg, Abt. Sonnabend 5.30 Uhr: Wietzen, Abt. Wietzenberg: Jördenwalde-Kaueische Berge, Abt. Sonntag 5.30 Uhr: Groß-Kummernberg, Abt. Wedding: Birkenwerder-Gradowsee, Abt. Sonntag 5.30 Uhr: Forstbühl, Abt. Norden: Wandlitzsee-Roggensee, Abt. Sonntag 5.30 Uhr: Gohlhütten, Abt. Südwest: Wilmshagen-Kienitzsee, Treffs. 5.30 Uhr: Schöneberg. — 1. Turnverein Schöneberg-Berlin. Bezirk Norden. Sonnabend: Turnen der Goldminen, Grahnschke, 1.30 Uhr vorm. — Bezirk Schöneberg: Sonntag: Zur Vorfiedlung nach Hohenbrunn, 1.30 Uhr vorm. — Bezirk Schöneberg: Sonntag: 1.30 Uhr: Westfries gegen Hohenbrunn, 1.30 Uhr vorm. — Bezirk Schöneberg: Sonntag: 1.30 Uhr: Männer-Abt. nach Hohenbrunn-Sum. Abt. 6.30 Uhr vorm. — 2. Arbeiter-Turnverein „Graf-Berlin“. Sonntag, früh 6 Uhr: Jördenwalde (Kaueische Berge); nachmittags 1 1/2 Uhr: Wietzenberg (Wietzen). Stadt-Rarantennplatz. — 3. Berliner Schwimmverein „Welle“ (Mitgl. H. W. B.). Abt. Berlin und Wietzenberg. Uebungstunden von früh 6 bis 10 Uhr vorm. (1. bis 8 Uhr vorm.) in der großen Schwimmhalle der Hohenbrunn an der Schillingsbrücke. Badepreis für ein Mitglied bis 14 Jahre 50 Pf., über 14 Jahre 1 M. Eintrittspreise nur beim Vereinsfesten im Wintergarten (nicht an der Kasse). — 4. Turn- und Sportverein „Witke“, Berlin. Zu dem am Sonnabend, den 24. September, stattfindenden Fußballturnier des Reichsverbandes West-Berlin in der „Neuen Welt“, Hohenbrunn, müssen alle früheren Turner für den 24. Herbst möglichst anwesend sein. Anmeldezeit: weißes Hemd und blaue Hose einbringen.

Weiter bis Sonnabend mittag. Hiemlich warm, zum Teil teilweise heiter, später zunehmende Bewölkung und im Küstengebiet etwas Regen bei wägen westlichen Winden.

Jugendveranstaltungen.

Verein Arbeiter-Jugend, Sekretariat: S.W. 58, Hindenburgstr. 7, 2. Hof links, 2 Treppen rechts. Telefon: Rpt. 121 08-10.

Heute, Freitag, den 23. September:

Eine Sitzung der Debatte zum Sportfest findet um 7 Uhr im Sitzungssaal des Arbeitervereins in der Hindenburgstr. 7 statt. Wie angegeben Debatte müssen bestimmt erscheinen.
 Schrift: Jugendheim Charlottenstr. 48 (Kathaus), Vortrag: Die Arbeiterjugend während des Krieges. — Schrift: Jugendheim Waldenstr. 21, Vortrag: „Unser jugendliches Leben“. — Schrift: Jugendheim Köpenickerstr. 33, Vortrag: „Das Sozialistische Jugendheim“. — Schrift: Jugendheim Köpenickerstr. 33, Vortrag: „Trübsal und Freude“. — Schrift: Jugendheim Köpenickerstr. 33, Vortrag: „Trübsal und Freude“. — Schrift: Jugendheim Köpenickerstr. 33, Vortrag: „Trübsal und Freude“.

Aus aller Welt.

Verhaftung von Weltkriegs-Inhabern. Die Inhaber des „Tauf-Jebra-Rongerns“ in Hannover, Karl Braun und dessen Schwiegervater Döbereiner, sind nunmehr verhaftet worden. Der Leiter der Zweigstelle des zusammengebrochenen Sportvereins „Hannania“ in Düsseldorf, ein Herr Wilkening, ist flüchtig. Er wollte am 17. September 2.800.000 M zahlen, zahlte aber nicht.

Eisenbahnunglück bei Kiew. Nach einer „Times“-Meldung aus Warschau ist ein Verpflegungszug, der Lebensmittel aus der Ukraine brachte, bei Fastow in der Nähe von Kiew entgleist. Es sollen 27 Personen getötet und 36 verletzt worden sein.

Unwetter in Spanien. Nach einer Mitternacht aus Madrid wütet in Spanien ein heftiges Unwetter. Besonders großer Schaden wurde in Oviedo, Saragossa und in der Gegend von Granada angerichtet.

Das Erbenungsgeld in Australien. Bisher sind 37 Leichen von Opfern der Explosion im Bergwerk von Mount Nathan bei Cairns geborgen. Es besteht wenig Hoffnung, die übrigen 33 Vermissten zu retten.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Vollversammlung des Arbeitervereins am Freitag, den 23. September, abends 7 Uhr. Ort: Waldenstr. 21 (Hof links) bei Mittelschul, Petersburger Str. 5. — Schrift: Jugendheim Köpenickerstr. 33, Vortrag: „Das Sozialistische Jugendheim“. — Schrift: Jugendheim Köpenickerstr. 33, Vortrag: „Trübsal und Freude“.

Briefkasten der Redaktion.

Belästigende Zuschriften werden nicht erteilt. — Jeder für den Briefkasten bestimmten Aufsatz trägt man einen Briefkopf und eine Nummer bei. Briefe ohne Aufsatz werden nicht berücksichtigt. — Briefe ohne Aufsatz werden nicht berücksichtigt. — Briefe ohne Aufsatz werden nicht berücksichtigt.

Verlieren Sie ja nicht Ihren Glycerin-Fahrschein!
Myrrholin-Seife ist die einzige keine hygienische Toiletteseife, welche den feinsten und bewährtesten Bestandteilen Myrrholin mit anerkannter und bewährter Schönheitswirkung auf die Haut enthält.

Wintelhausen
 1846 • Jubiläums-Brand • 75 • Die deutsche Weinbrandmarke • 1921

Durch rechtzeitige enorme Winkäufe bin ich heute in der Lage, trotz der ungeheuren Verdüsterung von Stoffen und trotz der Erhöhung der Löhne die Bekleidung meines Vorgesetzten zu...
Anzügen und Schlüpfern
 zu sensationell billigen Preisen abgegeben.
 Zugabe: Schlüpferegenmäntel, Covercoats.
 In feinsten Verarbeitung, beste Stoffe, weiche Schnitt, viel schöne Muster, große Auswahl alle Größen.
 Serie I: 600, Serie III: 800
 Serie II: 700, Serie IV: 900
Kurt Grob, Friedrichstraße 118, I.
 am Oranienburger Tor

Bekanntmachung
 betreffend die Wahlen der Vertreter und Ersatzmänner zum Ausschuss der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin-Cihtenberg.
 Auf Grund der § 97 der Kassensatzung sind für die Wahlzeit 1922/23 die Vertreter und Ersatzmänner zum Ausschuss zu wählen und zwar:
 30 Arbeiter-Vertreter und 60 Ersatzmänner, 60 Vertreter-Vertreter und 120 Ersatzmänner.
 Die Wahlen für die Arbeiter-Vertreter finden in 3 Wahlbezirken am Sonntag, den 3. November 1921, von 10 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends statt.
 Es gehören zum 1. Wahlbezirk: Wilhelmshagen, Hohenstraße, Landberger Chaussee, Weichenweg, Hübnerstr., Herbergr. — Wahllokal: Restaurant „Schwarzer Adler“, Frankfurter Allee 99.
 Zum 2. Wahlbezirk gehören die Straßenzüge des früheren Arbeitervereins: Wilhelmshagen, Hohenstraße, Landberger Chaussee, Weichenweg, Hübnerstr., Herbergr. — Wahllokal: Restaurant „Schwarzer Adler“, Frankfurter Allee 99.
 Zum 3. Wahlbezirk gehören die Straßenzüge des früheren Arbeitervereins: Wilhelmshagen, Hohenstraße, Landberger Chaussee, Weichenweg, Hübnerstr., Herbergr. — Wahllokal: Restaurant „Schwarzer Adler“, Frankfurter Allee 99.

Cobu
 Fordern Sie „Cobu“, Kokos-Pflanzen-Butter-MARGARINE
Bergisch-Märkische Margarine-Werke F.A. JESSERSTEDT A.G.
 Elberfeld und Berlin-Pichelsdorf

Möbel-Fabrik Rob. Seelisch
 Berlin O 112, Rigauer Straße 71-73a, 5 Minuten vom Bahnhof Frankfurter Allee
 empfiehlt zu bekannt billigen Preisen bei sorder Ausführung
Komplette Schlafzimmer Speisezimmer Herrenzimmer
 einfachen und besseren Genres
Küchen farblich und naturbelassen in allen Preislagen
 Gekaufte Möbel können beliebige Zeit kostenlos tauschen

Gold Silber (auch) Platin, Zahngebisse
 Zahn 10 bis 150 M.
 Ankauf zum Auslandskurs
Kurt Kehler, Berlin
 Lothringers Str. 34

Zahlung von Bibliotheken, Archiven, Ausstellungen, Handschriften, Autographen, Kunstwerken aller Art, Handschriften mit und ohne Illustrationen, alten Pruden, einzelnen Büchern von Wert, Einmaligkeits- und
Martin Breslauer,
 Berlin-Charlottenburger- und Antiquar Berlin W 8, Brandenburgische Str. 46

Ziehung bereits 6. Oktbr. **Insderburger Pferde-Lotterie** 5058 Gewinne im Gesamtwert von M. **200000 50000 25000 15000 60000**
 Lose zu 4 Mark. Postlos und Conto nach 1,45 M. **10 Lose** kosten nur **40 M.** General-Debit **Gust. Pfordte, Essen** K.B. 111111 auch in allen Lotteriegeschäften

Bezirksverb. Berlin-SPD
 Berlin-Mitte — 27. Okt.
 Am 20. September verstarb im Alter von 54 Jahren unser Parteigenosse, der Maler **Oskar Grothe**
 (Jahrestag 5) ohne seinen Widenden!
 Die Einäscherung findet am Sonntag, 24. Septbr. nachm. 1 1/2 Uhr, im Krematorium Friedrichstraße statt. Keine Beteiligung erwartet. Die Abfertigung obliegt...

Allg. Ortskrankenkasse Berlin-Wilmersdorf
 Auf Grund des Wahlrechts für die Wahlen der Vertreter und Ersatzmänner zum Ausschuss der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin-Wilmersdorf vom 19. August 1921 ist (sowohl seitens der Versicherer als auch der Arbeitgeber) nur je ein gültiger Wahlloosbesitzer eingereicht worden.
 Der Wahlloosbesitzer der Versicherer beginnt mit dem Namen „Engelhardt“ und endet mit dem Namen „Grob“.
 Der Wahlloosbesitzer der Arbeitgeber beginnt mit dem Namen „Grob“ und endet mit dem Namen „Engelhardt“.
 Die Wahlloosbesitzer müssen ihren gesamten Namen nach den Vorschriften der Wahlordnung angeben und liegen in der Zeit vom 19. September bis 6. Oktober 1921 im Kassensaal, Kaiserstraße 173a, I. Tr., Kammer (9-1 Uhr) zur Einsicht aus.
 Da seitens beider Gruppen der Wahlberechtigten nur je ein gültiger Wahlloosbesitzer vorliegt, findet eine Stimmgabe nicht statt, sondern es gehen die darin vorgeschlagenen Bewerber als gewählte Vertreter der Versicherer bzw. der Arbeitgeber zum Ausschuss (§ 9 der Kassensatzung).
 Die Wahlen der gewählten Vertreter beginnt am 1. Januar 1922 und endet am 31. Dezember 1925.
 Berlin-Wilmersdorf, 21. September 1921. **Der Vorstand: H. Engelhardt, Vorsitzender.**

Allgem. Ortskrankenkasse für den Stadtbezirk Köpenick
 Hiermit laden wir die Mitglieder des Ausschusses zu der am **Freitag, den 30. Sept. d. J., abends 7 Uhr, im Schloßrestaurant (Zuh. Orange), Berliner Str. 1, stattfindenden außerordentlichen Ausschuss-Sitzung** ein.
Tagesordnung:
 1. Wahl d. Ausschussvorsitzenden.
 2. Bericht über den Stand der Erziehung eines Betriebsheimes im Arbeitsgebiet und weiterer Beschaffung dieses.
 3. Wahl von 3 Vertretern gemäß § 102 der Satzung. (100) 4. Geschäftsliches.
 Köpenick, den 21. Sept. 1921. **Der Vorstand: Otto Ridel, Vorsitzender.**

Innungskrankenkasse der Vereinigt. Lackierer-Innung zu Berlin.
Bitte zu beachten!
 Das Kassenlokal befindet sich ab 15. September 1921 **C. 25, Bireksenstr. 25, III, bei Hugo Kammer** gegenüber Stadtbahnhof Alexanderplatz.
 Kassenstunden von 1-3 Uhr nachm. Sonntags geschlossen. 10/4 **Der Vorstand.**

Gardinen Stores, Bettdecken, Tischdecken, Chaiselonguedecken, Bettwäsche sowie fertige **Betten** federdicht **Teppiche** in allen Größen alles auf bequeme **Teilzahlung!!** zu äußerst günstigen Bedingungen
M. Beiser Lothringer Str. 67

Eiserne Öfen
 Transportable Kachelöfen Gas-Öfen Eiserne Kochherde
Zechlin
 Berlin C. Alexanderplatz 49
Zähne von 8 M. Teilzahlg. 5 J. Garantie Kronen an 15 M. Zahnzieh. mit Einspritz. höchst schmerzlos. Umarm. schlechtes Geb. Rep. Zahn-Arzt Dr. Wolf sol Potsdamerstr. 53, Fiochh. - St. Sorz 97

Die schönsten Damen- und Herren-Garderoben wie Anzüge, Cutaways, gestreifte Hosen, Reglans, Kostüme, Kleider, Mantel Röcke noch zu alten, niedrigen Preisen und auf **Teilzahlung zu den günstigsten Bedingungen bei **Grebler Weinbergsweg 4** am Rosenthaler Platz.**

Suchfabrik-Niederlage
 H. Lamprecht, Berlin-Tempelhof, Doudhoffstraße 17 liefert direkt an Fabrik-Stoffe für Herren und Damen zu Fabrikpreisen. — Herren- und Damenstoffe in großer Auswahl von 35 Mark an.

Der Kampf gegen die Wohnungsnot.

Aus der Berliner Wohnungs- und Siedlungsdeputation.

Die Wohnungsnot ist auch im verflossenen Jahr in der neuen Gemeinde Berlin nicht geringer geworden. Hat doch die Zahl der Wohnungsuchenden für Berlin 80 000—100 000 erreicht! Verursacht ist diese hohe Zahl durch das Ausbleiben fast jeder Neubautätigkeit, sowie durch den starken Zustrom von Beamten und Flüchtlingen aus den besetzten oder abgetretenen Gebieten.

In den Außenbezirken versuchte man durch Ausbau von Dachgeschossen zu Wohnungen mehr Wohngelegenheit zu schaffen. Aber auch diese Tätigkeit mußte bald eingestellt werden, weil die notwendigen Mittel nicht vorhanden waren. Die geringen Mittel, die der Siedlungsdeputation zur Verfügung standen, reichten auch im eifrigsten nicht aus, den Wünschen der Siedlungsgenossenschaften und der Einzelsiedler gerecht zu werden. Insofern lag der Siedlungsdeputation von Genossenschaften rund 10 000 Anträge auf Bezuschussung neuer Wohnungen vor, und dazu kamen 1000 Anträge von Einzelsiedlern. Wenn man bedenkt, daß die Wohnung eines Siedlers in einer Größe von durchschnittlich 70 qm bewohnter Fläche mit einem bescheidenen Gärtchen von 150—400 qm dem Bauherrn eine Zinslast auferlegt, die das Dreifache der üblichen Miete ausmacht, so ist hieran am besten zu erkennen, wie groß die Wohnungsnot unter der erwerbstätigen Bevölkerung ist.

Aufgabe der Stadtverordnetenversammlung muß es sein, mit aller Kraft die Siedertätigkeit zu fördern und nicht nur durch Barunterstützung, sondern vor allem durch eine ausgebaute Gemeinwirtschaft in der Erzeugung und Verteilung der Baustoffe. Dem Wucher mit Baustoffen muß mit aller Kraft entgegengetreten werden. Hierzu ist es unbedingt notwendig, daß sich die Stadt in den Besitz von Ziegeleien, Holzschneidmühlen, Kalkbrennereien, sowie aller Betriebe setzt, die zur Baustoffherstellung erforderlich sind. Nur so wird es möglich sein, die Siedertätigkeit zu fördern und unerschwingliche Lasten, die den Siedler im Laufe der Jahre erdrücken und ihm die Luft nehmen, von ihm fernzuhalten.

Einen Anfang hierzu haben die sozialistischen Parteien in Gemeinschaft mit der Berliner Gewerkschaftskommission bereits gemacht, indem sie der Stadtverordnetenversammlung ein ausführliches Programm über die Förderung der Bautätigkeit und über die planmäßige Eigenwirtschaft im Baugewerbe vorlegten. Die Stadtverordnetenversammlung hat dieses Programm gegen die Stimmen der bürgerlichen Parteien zum Beschluß erhoben. Die Stadtverordnetenversammlung wird nun dafür zu sorgen haben, daß dieses Programm auch recht bald in die Tat umgesetzt wird.

Weiter hat die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung beschlossen, dem gesamten Wohn- und Siedlungswesen einen Leiter zu geben. Von der Tätigkeit dieses Leiters, der natürlich sich freimachen muß von der bisherigen Wirtschaft im Bauwesen und ein nicht nur mit dem Mund, sondern auch mit dem Herzen begeisterter Vertreter der Eigenwirtschaft sein muß, wird vieles zu hoffen sein, wenn ihm eine vorwärtsdrängende sozialistische Mehrheit zur Seite steht. Leider sind die führenden Städtebauer Deutschlands so vom kapitalistischen Wesen durchdrungen, daß es schwer hält, den geeigneten Mann zu finden. Wir hoffen aber, daß uns auch das gelingen wird.

Die notwendigen Mittel müssen aufgebracht werden. Das kann geschehen durch Besteuerung des Wohnungszufusses, der auch heute noch, speziell im Westen Berlins und in den westlichen Vororten, von einem großen Teil der Einwohner getrieben wird, oder durch die Besteuerung der alten Wohnungen oder durch erhebliche Zuschüsse, die Reich und Staat in weit größerem Maße als bisher der Gemeinde zur Verfügung stellen müssen. Mit den geringen Mitteln, die im laufenden Jahre (bewilligt wurden vom Staat 30 Millionen, von der Gemeinde 34 Millionen, zusammen 64 Millionen) zur Verfügung standen, konnten insgesamt 2200 neue

Wohnungen bezuschusst werden. Das ist bei der großen Zahl fehlender Wohnungen fast noch weniger als der bekannte Tropfen auf den heißen Stein.

Die bürgerlichen Parteien vertreten in der Stadtverordnetenversammlung die Interessen der Hausbesitzer, mithin ist für Besserung des Wohnungselends von ihnen nichts zu erwarten. Deshalb wird es Aufgabe der erwerbstätigen Bevölkerung Berlins sein, am Wahltag restlos ihre Stimme den Kandidaten der Sozialdemokratischen Partei zu geben. Nur diese sind fest entschlossen, mit allen Mitteln die Maßnahmen gegen die Wohnungsnot im Interesse der Rinderbemittelten zu fördern und die bestehenden Schwierigkeiten zu beheben. Deshalb, arbeitendes Volk von Berlin, Männer und Frauen, am Wahltag die Augen auf!

Gesindebesuch im Junkerschloß.

Wie ein preussischer Junker sein „Gesinde“ und dessen Angehörige behandeln zu dürfen meint, zeigt ein Erlebnis, das eine Einwohnerin von Charlottenburg auf einem in der Gegend von Küstrin gelegenen Gut Charlottenhof bei der Familie von Klipping hatte.

Die Frau wollte ihre dort als Küchenmädchen beschäftigte Tochter besuchen, fragte brieflich bei Frau von Klipping an, erhielt von ihr brieflich eine zustimmende Antwort und meldete dann in einem zweiten Brief ihren Besuch an. Nachdem sie die Eisenbahnfahrt bis zu der für Charlottenhof in Betracht kommenden Station Bieh (Ostbahn) gemacht hatte, meldete sie von dort aus nochmals ihren Besuch durch Telefon an und fragte, ob sie vielleicht mit einem Wagen abgeholt werden könnte. Da das verneint wurde, so mußte die Frau, die seit 18 Jahren an einer Lähmung leidet und sich nur mühsam fortbewegen kann, den anderthalb Stunden langen Weg zu Fuß machen, wozu sie ziemlich vier Stunden brauchte. In Charlottenhof endlich angelangt, hatte die Ermüdete kaum eine kurze Unterredung mit ihrer Tochter gehabt, als ein Diener mit der Meldung kam, er sei von Herrn von Klipping beauftragt, ihr zu sagen, daß sie sofort das Schloß verlassen solle. „Berliner Weiber, die nur zum Stehlen herkommen, duldet der Herr in seinem Hause nicht!“ sagte der Diener hinzu. Den Hinweis der bestürzten Frau auf die schriftliche Erlaubnis der Frau von Klipping beachtete der Diener nicht, und Frau von Klipping selber, die jetzt erschien, wollte zunächst überhaupt bestreiten, eine solche Erlaubnis gegeben zu haben. Auch sie sagte der Mutter des Küchenmädchens, der Herr dulde sie hier nicht, sie müsse daher sofort das Schloß verlassen. Nebenbei bemerkt: der Herr von Klipping ist ein sehr frommer Mann, der täglich mit seinem „Gesinde“ eine Morgenandacht abhält und dabei selber predigt. Erst als die Mutter auf ihre Erschöpfung hinwies, bewilligte ihr die Dame einen Aufenthalt bis zum anderen Morgen und verpackte auch einen Wagen zur Fahrt nach dem Bahnhof. Jetzt aber erklärte die Tochter, sie wolle nach dem ihrer Mutter bereiteten Empfang nicht länger in dieser Stellung bleiben. Sie erhielt dann auch sofort die gewünschte Entlassung, doch wieder mit der Zusicherung, daß Mutter und Tochter noch bis zum anderen Morgen bleiben dürften. Nachher kam aber der Diener des Herrn von Klipping nochmals und forderte unter Drohungen die Mutter erneut auf, sofort das Schloß zu verlassen. Mutter und Tochter lehnten darauf der ungeschicklichen Stütze den Rücken — und mit geschwollenen Köpfen machte die Mutter, unterstützt von der Tochter, zum zweiten Male an diesem Tage den weiten Weg nach dem Bahnhof. Als die beiden dort eintrafen, war der letzte Zug nach Berlin schon abgefahren, so daß sie die Nacht unter freiem Himmel vor dem Bahnhofsgedäude zubringen mußten und erst morgens um 1/3 Uhr abfahren konnten. Tollwütig und krank traf die Mutter mit der Tochter in Charlottenburg ein.

Diese Schilderung stützt sich auf eine von dem Chemann uns überlieferte schriftliche Darstellung, sowie auf ergänzende mündliche Mitteilungen, die wir von der Mutter und ihrer Tochter in persönlicher Unterredung erhalten haben. Wir verstehen die Entlassung der Familie über die Behandlung, die der Mutter bei ihrem Besuch in dem Junkerschloß widerfahren ist. Aber mit dem, was die Frau dort zu erdulden hatte, war ihr Weibselbst noch nicht geteert.

24 Stunden nach ihrer Ankunft in Charlottenburg, als sie sich von den ausgestandenen Strapazen noch nicht erholt hatte, erhielt sie in ihrer Wohnung den Besuch eines — Kriminalbeamten. Zu ihrer Ueberraschung und Befürchtung wurde ihr gesagt, daß im Klipping'schen Schloß silberne Büffel gestohlen worden seien, nach denen nun bei ihr gesucht werden solle. Der Beamte führte die Durchsuchung mit aller Gründlichkeit aus und mußte schließlich erklären: „Ich sehe, Sie haben nichts.“ Die von den Klipping's in dieser Weise verdächtigte Familie ist mit Recht empört und verlangt Genugtuung. Wir glauben aber, daß der Herr von Klipping sich kaum über die Affäre groß aufregen wird. Ein Junker ist nicht gewöhnt, mit keinem „Gesinde“ oder dessen Angehörigen in solchen Dingen viele Umstände zu machen.

Die verhängnisvolle Gänsebrust.

Billeneindrücke in Hohen-Neuendorf fielen dem Kinovorführer Ernst Bohm zur Last, der sich wegen schweren Diebstahls vor der 5. Strafkammer des Landgerichts III zu verantworten hatte. Der Handelslehre R., der eine Villa in Hohen-Neuendorf besitzt, wachte eines Nachts durch ein Geräusch auf, das aus dem Speisezimmer zu ihm drang. Als er dieses betrat, sah er sich bei dem Aufleuchten einer Blendlampe einem schwarzmaskierten Kerl gegenüber, der ihm einen Revolver vorhielt und ihn so zwang, ruhig zuzusehen, wie der Einbrecher, der sich augenscheinlich schon an den Vorräten der Speiselammer gütlich getan hatte, die schon zusammengepackten Silbergegenstände an sich nahm und damit verschwand.

Ein zweiter Einbruch wurde bei dem Hotelbesitzer Rusio ausgeführt, dem Kleidungsstücke, Wäsche und verschiedene andere Gegenstände gestohlen wurden. In einer der nächsten Nächte bot Bohm in dem Herrn Rusio gehörigen Café Zugenburg einem Kellner zum Pfande Sachen an, die dieser sofort als das Eigentum Rusio's erkannte. Bohm wurde infolgedessen in Haft genommen und sollte mit einem D-Zug abtransportiert werden. Unterwegs suchte er in dem Zuge den Abort auf, es gelang ihm, sich durch das Fenster zu zwängen, er erreichte das Trittbrett des Wagens, legte sich zunächst auf dieses und ließ sich dann von dem in voller Fahrt befindlichen Zuge hinab- und die Böschung hinunterrollen. Er wurde aber wieder ergriffen und aufs neue in Haft genommen.

Vor Gericht bestritt er, der maskierte Mensch gewesen zu sein, der den ersten Einbruch ausgeführt hatte. Sein Pech war aber, daß er in jener Nacht an Ort und Stelle einen großen Teil einer besonders seltenen Gänsebrust, die ihm als Beute anheimgefallen war, verzehrt hatte und dann mit seinen fettigen Fingern die Behälter durchkramte und deutliche Spuren seiner unlesbaren Anwesenheit zurückgelassen hatte. Diese Fingerabdrücke wurden ihm zum Verhängnis, denn mit Hilfe der Dattloskoppe konnte völlig einwandfrei nachgewiesen werden, daß er der Täter war. — Das Gericht verurteilte den gefährlichen und tollkühnen Menschen zu 4 Jahren Gefängnis.

Großmann, der „Zickenkarl“.

Der Lustmörder Großmann wurde gestern von der Kriminalpolizei dem Untersuchungsrichter Dr. Böhm übergeben, der nunmehr die Untersuchung weiterführt. Großmann ist dreier Morde überführt und gefänglich; an den Mädchen Rüdke, Sosnowski und der polnischen „Martha“. Die Persönlichkeit dieses dritten Opfers ist noch immer nicht festgestellt. In vier weiteren Fällen der gleichen Art ist Großmann des Mordes dringend verdächtig. Wahrscheinlich sollen ihm aber noch eine ganze Reihe weiterer Beseitigungen von Mädchen zur Last, die vermehrt werden, von denen aber bisher noch keine Spuren gefunden sind. Nachdem er sein gutes Leben hat aufgeben müssen, ist er körperlich noch und noch zusammengebrochen, geistig dagegen immer noch sehr reger. Sein Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Frey hat beantragt, ihn auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen. Großmann hat von seinen 58 Lebensjahren nicht weniger als 24 im Gefängnis und Zuchthaus zugebracht, immer wegen Sittlichkeitsverbrechen und widerrechtlicher Unzucht, die ihm in seinen Kreisen den Spitznamen „Zickenkarl“ einbrachten.

Die neuen Briketts- und Kokspreise.

Das Rohlenamt teilt mit: Infolge der Erhöhung der Erzeugerpreise für Briketts und Koks aller Art, die teilweise vom 1. September d. J. zurückdatiert, sieht sich der Magistrat Berlin genötigt, im Ausmaß dieser Erhöhung die Preise für Briketts und Koks für das Gebiet der Stadtgemeinde Berlin wie folgt festzusetzen: Preise für Küchen- und Ofenbrand: 1. Briketts ab Lager 18,05 Mark, frei Keller 19,05 M., 2. Koks, Gastkoks gebrachen ab Lager 23,05 M., frei Keller 23,05 M. Preise für Brikett- und Kokslieferungen an das Kleingewerbe sowie für Zentralheizungs- und Warmwasserbereitungsanlagen in

Fräulein.

Von Paul Enderling.

Copyright, 1920, by J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachf. Stuttgart u. Berlin

Als alles vorüber war — das Gratulieren, der Sekt, der gerührte Abschied —, saßen Fräulein, Thea und der Oberlehrer noch ein Weilschen in Theas Zimmer beisammen.

„Wer teilt es dem Glücklichen nur morgen mit?“ Er meinte Henning. „Darf ich es sein?“

„Wenn du willst, Onkel.“

„Morgen von acht bis neun habe ich in der Sekunda Deutsch. Da lasse ich einen Klassenaussatz schreiben. Nun, worüber wohl?“ Er sah die beiden jungen Mädchen lächelnd an.

Fräulein wollte sagen: „Drum prüfe, wer sich ewig bindet.“ aber sie brachte es nicht heraus. Sie wußte selbst nicht, warum.

Thea lachte. Der Sekt, dem sie eifriger als die anderen zugesprochen hatte, machte sich doch bemerkbar. „Es ist nicht gut, daß der Mensch allein sei — daß deine Bengels darüber schreiben!“

„Gut. Auf deine Verantwortung. Und um neun Uhr treffe ich im Beherzimmer Herrn Doktor Henning und werde ihm ins Ohr raunen, daß wir demnäcst Bruderschaft machen müssen. Und ich wette, er wird alle unregelmäßigen Verba auf mal vergessen vor freudigem Schreck.“ Er trat auf seine Rechte zu und hielt ihren Kopf mit beiden Händen. „Thea, weißt du, Barbarenkind, was Thea auf deutsch heißt?“

„Du hast mir's mal gesagt: die Göttin.“

„Ja, und weißt du, was die Haupteigenschaft der Götter ist?“

„Sag, Onkel Otto.“

„Sie schenken, mein Kind! Sie spenden aus ewig offenen Händen. Das ist das Göttliche an ihnen, und darum sind sie auch so froh und so voll Glückgefühl zu jedem Stundenschlag. Merk dir's, Thea, du junge Göttin!“

In Theas Stirn zog sich eine kleine Falte. „Ach, Onkel Otto, ich fühle mich weder jung noch göttlich.“

Sein Blick wurde ängstlich; aber er bezwang sich. „Wie glücklich du bist, Kind.“

„Ich? Fräulein, glauben Sie, daß ich sehr glücklich bin?“

Fräulein seufzte. Es war schwer, darauf zu antworten.

„Wie glücklich du bist.“ sagte der Oberlehrer noch einmal.

„Du hast einen Menschen, dem du geben und geben kannst. Du weißt einen Menschen, den du mit jedem Händedruck, mit jedem warmen Wort glücklich machen kannst. Werde nur nicht übermütig, mein Kind!“

„Onkel Otto, du verstehst dein Handwerk.“

„Mein Handwerk?“

„Ach, du weißt schon, was ich sagen will. Onkel, ich glaube, du bist einmal ein schlimmer Verführer gewesen.“ Sie drohte mit dem Finger und lachte eine Tonsleiter hinauf und eine hinunter.

Fräulein war rot geworden. „Aber Fräulein Thea!“

„Er soll gestehen, er soll gestehen.“

„Das ist keine Unterhaltung nachts um die zwölfte Stunde für junge Mädchen —“

„Der Oberlehrer! Der Verführer!“

„Habe ich dich nun auch verführt, Kind? Gott sei gedankt. Und gute Nacht!“ Er küßte Thea und gab Fräulein die Hand.

„Ist er nicht herrlich?“ fragte Fräulein, als sie allein waren. „Ist es nicht seltsam, daß er unverheiratet geblieben ist?“

„Vielleicht ist er gerade deshalb so fein.“ sagte Thea. „Ich glaube entschieden, daß die Ehe den Charakter verdirbt.“

Sie stand am Fenster. Das Zimmer lag an der Straßenseite des Hauses. Man sah im aufsteigenden Mondlicht, das schwer gegen den Dunst ankämpfte, Giebel und Türme.

„Wo ist von hier aus eigentlich die Hundegasse, Fräulein? Da wohnt Henning.“

Fräulein wies hinüber.

„Ob er noch wach ist?“

„Sicher.“

Thea sah eine Weile in die Richtung hinüber. „Der arme Kerl.“ sagte sie endlich leise.

„Thea!“ Sie umarmten sich. Thea hatte tief den Kopf gesenkt.

Fräulein sah traurig auf sie hin. Von ferne klang das Klagende Geheul eines Rebellhorns. Das warnte Berirre und wies ihnen den Weg. War hier nicht auch ein verrittes Menschenkind, das den Weg nicht wußte? Der Oberlehrer

hatte es wohl gefühlt und versucht, ihr einen Weg zu weisen. Würde sie ihn gehen wollen und können? Fräulein fühlte etwas wie eine schwere Verantwortung für Thea, fast etwas Mütterliches, obwohl sie jünger als sie war, und fast hätte sie es ihr gesagt.

Da lächelte sich Thea aus der Umarmung. „Ja, nun bin ich also eine glückliche Braut.“ sagte sie lachend. „Gute Nacht!“

Schlüsse.

Wenn Fräulein dem jungen Werner bei den Schularbeiten geholfen hätte, war im Görke'schen Hause noch allerlei zu tun. Dies Allerlei beanspruchte Fräuleins ganze übrige Zeit.

Vor allem war da ein Berg eingerissener Wäschestücke und Strümpfe, die gestopft und ausgebessert werden sollten. Das vorige Fräulein war nie dazu gekommen.

Die jungen Mädchen kamen zu Thea zu Besuch. Sie saßen dann alle in der großen Bohnstube. Die Studenten der Hochschule würden sich diesmal im Juli am Juppoter Bodeseft beteiligen. Es würde einen Wassertorfo geben, und ein Sommerball war im Deutschen Haus. Und zum Winter — ach, im fernem Winter — würde man ein Eisfest arrangieren.

Und die Frühlingskleider — sollten sie pfauenblau oder hellviolett sein? Und die Hüte — klein und fröhlich bunt? In der Langgasse waren Auslagen, rein zum Verlieben!

Und der junge Schmitz war im Examen. Ob er dann wohl — hihi — um Mortha anhalten würde? Oder um dich, Gerda? Was hältst du von seiner Lage? Hihi. Rein es war zu komisch. Und sie stießen sich in die Seiten und lachten, daß ihnen die Tränen aus den Augen kamen.

Fräulein nähte und stopfte. Sie hörte das alles an wie aus weiter Ferne, oder wie sie auf der Bühne helle, fröhliche Begebenheiten gesehen hätte: Das ist lustig, aber es geht mich nichts an, es ist nicht mein Geschäft.

Die jungen Mädchen wollten spazierengehen. Durch die große Allee und zurück in Jährs Konditorei. „Thea, dein Bräutigam wird's schon erlauben, wie?“

Sie gingen, Arm in Arm. „Wollen Sie nicht mit, Fräulein?“

Frau Görke kam hinzu. „Ja gehen Sie doch, Fräulein, Sie sind so blaß. Das Gehen wird Ihnen gut tun.“

„Aber das Diktat muß noch durchgesehen werden.“

(Kont. folgt.)

Die Katastrophe in Oppau.

dem auf Lager gehalten sind. Es gewinnt weiterhin den Anschein, daß man nützliche Erzeugnisse, nach denen starke Nachfrage besteht, künstlich zurückgehalten werden, um sie später mit um so größerem Nutzen verkaufen zu können. Ganz besonders verwerflich ist die zu alledem vielfach festgestellte geblöckliche Verhinderung wichtiger Lebensmittel, die den Wuchercharakter an sich schon ungerechtfertigt hoher Preise noch bedeutend erhöhen. Derartige unläuterer Gebahrungen bedeuten eine Schädigung schwerster Art unseres Wirtschafts- und Volksebens. Erfährt die wirtschaftliche Spannung durch solche Mischgeschäften noch eine weitere Erhöhung, so sind die Folgen unabsehbar. Es ist daher unabwiesbare Pflicht der zuständigen Stellen, mit allen Mitteln und größtem Nachdruck dagegen vorzugehen. Erzeuger und Händler müssen zu der Ueberzeugung gebracht werden, daß die staatlichen Organe gegen solche, den Verbraucher und die Allgemeinheit schädigenden Mischgeschäften unerschrocken einschreiten; auf der anderen Seite muß in den Kreisen der Verbraucher die Zuversicht gestärkt werden, daß der Staat gewillt und in der Lage ist, der wucherischen Ausbeutung zu begegnen.

Ich erlaube daher alle nachgeordneten Dienststellen, die Preise für Gegenstände des täglichen Bedarfs, insbesondere der Lebensmittel, einer eingehenden und fortlaufenden Uebersichtnahme zu unterziehen. Die Zulässigkeitspreise fortlaufend zu prüfen und dabei insbesondere festzustellen, ob bereits früher bezogene und billiger eingelaufte lagernde Waren zurückgehalten oder jetzt zu überhöhten Preisen verkauft werden. Den wucherischen Mischgeschäften muß unter allen Umständen und mit größter Entschiedenheit entgegengetreten werden. Zur Bekämpfung von Wucher, Scheidchandel und anderen unlauteren Gebahrungen auf diesem Gebiet sind an erster Stelle für diese Zwecke an allen wichtigeren Orten geschaffenen polizeilichen Wucherstellen zu benutzen. In Anbetracht der Bedeutung dieser Aufgabe muß ihr aber die gesamte Polizei, soweit irgend angängig, dienlich gemacht werden. Inwiefern die Beamten der Schutzpolizei bei dem gegenwärtigen Stande ihrer polizeilichen Ausbildung der Bearbeitung derart schwieriger Aufgaben gewachsen sind, will ich der Beurteilung der einzelnen Ortspolizeiverwaltungen überlassen.

Landbund und Lieferstreik.

Die „Deutsche Tageszeitung“ bespricht jedesmal Lebensmittelknappheiten, wenn man feststellt, daß der Landbund den Lieferstreik gegen die Städte und die Regierung propagiert. Erst jetzt hat ihr wieder die Rede Hermann Müllers auf dem Oberrhein Parteitag Veranlassung zu folgenden Ausfällen gegeben:

Das ganze Heft- und Schimpfepigramm der sozialistischen Blätter in den letzten Wochen saßt er (Müller, Red.) zu diesem Zwecke mit seinen schönsten Blüten in der Rede zusammen. Die „Deutschen nationalen Wärdler“ müssen wieder herhalten, und der „Lieferstreik“ wird zu einer wilden Entrüstungsparade ausgebaut, obgleich er überhaupt nicht ins Wort gefaßt worden ist, sondern lediglich in einem kleinen Kreise diskutiert wurde.

Kun lesen wir ganz zufällig in Nr. 21 der „Grenzmarke“ (Kotower und Schlochau Kreiszeitung) vom 20. September 1921 folgenden Bericht:

Kappe, Landbund. In einer am Sonnabend im Deutschen Hause von Herrn Kellermeister Mellenthin geleiteten Versammlung sprach Herr Dr. Spiller über die neuen Steuern, insbesondere über die von der Regierung beabsichtigte Besteuerung der sog. Geldwerte. Redner zeigte an Beispielen, daß, wenn die Steuern wirklich eingeführt werden, alle Landwirte, ob Groß-, Mittel- oder Kleingrundbesitzer die Selbstständigkeit verlieren und ihr Leben im ärmlichsten Falle als Verwalter ihres früheren Eigentums krüppeln müssen. Dr. Spiller führte aus, daß es nur ein Mittel gibt, diese furchtbare Gefahr abzuwenden; das ist der Lieferstreik. Groß-Berlin braucht keine sechs Tage mit Lebensmitteln beliefert werden, und schon ist die Regierung der Erfüllung fortgesetzt. Dann aber gibt es keine Besteuerung der Geldwerte in dem oben angegebenen Sinne. Um nun dieser Gefahr begegnen zu können, müssen sich alle Landwirte, Arbeitgeber und -nehmer in dem Reichsbund finden.

Hier wird ganz offen der Lieferstreik als Mittel gegen die Besteuerung gepredigt und der Reichslandbund als die Organisation bezeichnet, die den Lieferstreik durchführen wird. Widerspruch gegen diese Auffassung wurde in der vom Landbund einberufenen Versammlung nicht erhoben. Es kann also gar kein Zweifel sein, daß in den Mitgliedsvereinen des Landbundes man mit dem Plane des Lieferstreiks durchaus vertraut und einverstanden ist.

„Sozialistische Verantwortungslosigkeit.“

Unter dieser Ueberschrift berichtet die „Kreuzzeitung“ über einen Prozeß Hörstings gegen die deutschnationale „Hallesche Jtg.“, die wegen Beleidigung Hörstings zu 1000 M. Geldstrafe verurteilt wurde. Dennoch möchte die „Kreuzzeitung“ aus diesem Prozeß Honig saugen, denn durch ihn soll erwiesen sein, daß Hörsting bei der Frage der Einsetzung von Reichswehr während des Marzauflandes parteipolitisch gehandelt habe.

Die „Kreuzzeitung“ ahnt in ihrer Unkenntnis der Dinge nicht, wie sie hier ihre intimsten Freunde blamiert. Die Frage der Einsetzung der Reichswehr ist nämlich von dem Untersuchungsausschuß des preussischen Landtages auf das eingehendste geprüft worden. Dabei hat der deutschnationale Regierungspräsident von Merseburg, Freiherr von Gersdorff, folgendes bekundet:

In der Frage der Nicht-Einsetzung der Reichswehr sei er mit dem Oberpräsidenten vollständig einig gewesen. Hierüber habe es bei allen beteiligten Stellen nur eine Meinung gegeben, nämlich daß das Einsetzen von Reichswehr eine bedeutende Vergrößerung des Aufwandes zur Folge gehabt hätte, da sich ihm alsdann die großen Arbeitermassen angeschlossen hätten, die bisher abseits standen.

Zwei- oder dreimal wiederholte Herr von Gersdorff, daß in diesem Punkte sich seine Ansicht absolut mit der Hörstings deckt habe. Ebenso äußerte sich der deutschnationale Oberpräsidentat Dreger.

Haben nun nach Ansicht der „Kreuzzeitung“ Herr Regierungspräsident von Gersdorff und Oberpräsidentat Dreger, zwei wochentliche deutschnationale, auch „parteipolitisch“ gehandelt, als sie gegen den Einsetz von Reichswehr waren?

Die Stilllegungsaktion in der Kaliindustrie.

Der Volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstages beschloß sich am Donnerstag mit dem Entwurf einer Verordnung zur Aenderung der Kaligesetzgebung.

Ein Regierungsdirektor begründete den Entwurf mit der unangünstigen Lage der Kaliindustrie, die sofortigen Maßnahmen sowohl in volkswirtschaftlichen Interesse, als auch in dem der Industrie selbst notwendig mache. In den ersten 5 Monaten des laufenden Jahres ist der Gesamtabsatz gegen die gleiche Zeit des Vorjahres um rund 31 Proz. zurückgegangen. Da noch neueren Nachrichten auch die Kaufkraft der landwirtschaftlichen Kreise in gleicher Weise wie im Inland, auch im Ausland bestehen soll, so dürfte die Veranlassung hierzu in der erheblichen Preissteigerung aller Kaufkraftgüter zu suchen sein. Diese Preissteigerung hat allgemein dazu geführt, daß die Landwirtschaft in der Anwen-

Je näher die Einzelheiten über den Umfang der Oppauer Explosionskatastrophe bekannt werden, um so furchtbarer ist das Bild, das sich dem Auge des Fernstehenden entbült. In diesen Stunden ist es wenig zweckdienlich, sich mit Kundgebungen des Gefühls zu befassen, so sehr jeder einzelne innerlich von dieser ungeheuren Tragödie erschüttert ist. Mehr als je gilt jetzt die Notwendigkeit zu handeln. Hierbei stehen, wie wir wiederholt betonten, zwei Pflichten im Vordergrund: die Pflicht zu helfen und die Pflicht, die Untersuchung lückenlos durchzuführen. Wie bei dem Grubenunglück auf Mont Cenis die Vertreter der Arbeiterschaft im Reichstag mit allem Nachdruck die Mitwirkung der Arbeiter bei der vorzunehmenden Untersuchung forderten, so muß auch jetzt der Stimme der Betroffenen in breitem Umfange Gehör geschenkt werden. Dieser Forderung wird die vom Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beschlossene Interpellation gerecht, in der die Reichsregierung im Sinne der hier angegebenen Verpflichtungen befragt worden ist. (Vergl. gestr. Abendblatt.)

Die Direktion der Badischen Anilin-Fabrik verbreitet eine Mitteilung, in der sie Publikum und Presse ersucht, im Interesse der ohnehin schwer getroffenen Bevölkerung nur absolut verbürgte Nachrichten zu verbreiten und wilden Gerüchten entgegenzutreten. Die Direktion sagt weitere Mitteilungen zu, sobald die Entstehungsursache und die Wirkungen der Explosion tatsächlich festgestellt seien, was bei der Größe und dem Umfang der Katastrophe noch einige Zeit in Anspruch nehmen werde. Wenn die Direktion von 244 Toten spricht, so muß demgegenüber allerdings leider festgestellt werden, daß die Zahl in Wirklichkeit, wie sich aus unserer nachfolgenden Meldung ergibt, weit überholt ist. Schließlich weist die Direktion darauf hin, daß die eigentlichen Fabrikationseinrichtungen verhältnismäßig wenig beschädigt seien und daß man die Herstellung von Ammoniakwasser schon in einigen Monaten wieder aufnehmen zu können hoffe, was im Interesse der Vinderung der durch die Katastrophe entstandenen Arbeitslosigkeit außerordentlich zu begrüßen wäre. Nachstehend die Meldungen, die noch immer keine klare Uebersicht über den Verlauf und die Folgen der Katastrophe gestatten:

11 Millionen für die Opfer.

Die preussische Staatsregierung hat, wie den P.M. mitgeteilt wird, an die bayerische Staatsregierung folgendes Telegramm gerichtet:

Kun Anlaß der erschütternden Katastrophe in der Badischen Anilin- und Sodafabrik wiederholt das preussische Staatsministerium den Ausdruck der herzlichsten Anteilnahme und des schmerzlichen Bedauerns darüber, daß dies nationale Unglück so zahlreiche Opfer der Arbeit gefordert hat. Zur Vinderung der dringenden Notlage der betroffenen Familien hat das preussische Staatsministerium einen Betrag von einer Million Mark bereitgestellt, über den es die bayerische Staatsregierung zu verfügen bittet. Ministerpräsident Stegerwald.

Andererseits hören die P.M., daß die Reichsregierung von Reichsrat und Reichstag 10 Millionen angefordert hat, die sie sofort der bayerischen Regierung zur Verfügung zu stellen gedenkt, damit diese im Einvernehmen mit der badischen Regierung über diese Summe verfügen kann.

Der Reichsfinanzminister hat gestern an den bayerischen Ministerpräsidenten ein Telegramm gerichtet, in dem er namens der Reichsregierung die Bildung eines Hilfskomitees zur Vinderung der durch das Oppauer Unglück entstandenen Schäden vorschlägt. In dem Komitee sollen auch die bayerische, badische und hessische Regierung entsprechend vertreten sein. Von diesem Vorschlag der Reichsregierung wurde zugleich der badische Staatspräsident und der hessische Ministerpräsident verständigt. Falls, wie zu erwarten ist, die befragten süddeutschen Regierungen einverstanden sind, bittet die Reichsregierung die bayerische, badische und hessische Regierung zu einer weiteren Vespreeung Vertreter auf Sonnabend, den 24. September, nach Berlin zu senden, wo vormittags 10 Uhr im Reichsarbeitsministerium die erste Sitzung des vorgeschlagenen Komitees stattfinden würde.

Die weiteren Hilfsaktionen.

Berlin, 23. September. (W.Z.) Der Reichsminister Dr. Brauns begab sich gestern als Vertreter der Reichsregierung an den Schauplatz des Oppauer Explosionsunglücks, um mit den bayerischen Regierungsstellen über die Organisation einer Hilfsaktion zu beraten. Diese Hilfsaktion soll sofort in Tätigkeit treten. Weitere Mitteilungen über die eingeleiteten Maßnahmen werden ergehen. Spenden nimmt schon jetzt die Anstalt des Reichsarbeitsministeriums, Berlin, Scharnhorststr. 33, Postfachkonto Berlin 55 726, entgegen.

Darmstadt, 22. September. (Zl.) Der Finanzausschuß des hessischen Landtages beschloß in seiner heutigen Sitzung, die Regierung zu ersuchen, alles in die Wege zu leiten und zu veranlassen, was nötig sei, um die durch das Unglück bei Ludwigshafen entstandene Not nach besten Kräften lindern zu helfen. Zu diesem Zwecke wird für ein Kredit von 1 Million zur Verfügung gestellt, außerdem werden Regierung und Landtag eine allgemeine Sammlung im ganzen Lande veranlassen und unterstützen.

Das „Heidelberger Tageblatt“ eröffnet eine Sammlung zugunsten der Beschädigten in Oppau, die in wenigen Stunden über 50 000 M. erzielte.

den Kaufkraftgüter zurückhält und vom intensiven zum extensiven Betrieb übergegangen ist. Die durch den Rückgang des Gesamtabsatzes des Kalisalzwerks und die erheblich vermehrte Zahl der Kalisalzwerke wesentliche verminderte Abnahmefähigkeit der einzelnen Kalisalzwerke hat eine Ansammlung großer Vorräte auf den Werken und eine erhebliche Erhöhung der Selbst- und Generalkosten herbeigeführt. Eine Anzahl von Kalisalzwerken mußte daher den Betrieb einstellen, wodurch die Entlassung zahlreicher Arbeiter und Angestellten nötig wurde. Auch mußten Feierschichten in erheblichem Maße eingestellt werden. Nach dem übereinstimmenden Urteil der aus den Kreisen der Arbeitgeber, Angestellten und Arbeitnehmer gebildeten Sachverständigen erscheint deshalb eine weitreichende Zusammenlegung der Betriebe zur Herabminderung der Gestehungskosten und Generalkosten dringend geboten. Das vorliegende Gesetz soll das weitere Absterben von Kalisalzwerken verhindern und die Stilllegung von unrentabel arbeitenden Kalibetrieben fördern. Zum Schutze der durch die Stilllegung unangünstig betroffenen Angestellten und Arbeiter ist auf Grund einer Einigung zwischen Arbeitgebern, Anestellten und Arbeitnehmern eine entsprechende Bestimmung aufzunehmen. Nachdem die in der Kaliindustrie gebildeten Konzerne sich bereits eine große Zahl von Kalisalzwerken zwecks Stilllegung angegliedert haben, ist in erster Linie eine freiwillige Stilllegung vorzuziehen. Diese herbeizuführen, dient die Bestimmung, nach der den Besitzern von Kalisalzwerken, die sich zu einer Stilllegung

Der Schreckensweg nach Oppau.

Mannheim, 22. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Vor 36 Stunden erfolgte die Explosionskatastrophe, und noch zittert in allen Gemütern die Erregung über das Rieseninglück nach. Wer von Mannheim aus über die Rheinbrücke nach Ludwigshafen geht, der wird auf jeden Schritt daran erinnert, daß Schreckliches geschehen. Ueberall in der Stadt Mannheim sowohl wie in Ludwigshafen sind Handwerker dabei, die Schäden der Explosion zu beseitigen.

Das Stadtbild

hat ein ganz anderes Gesicht bekommen. Die meisten Fenster der großen Läden sind mit Brettern dicht verschalt, oder die Rolläden herabgelassen. Die Ladeninhaber und das Personal sind dabei, in des Durcheinander Ordnung zu bringen. Am schlimmsten betroffen, soweit Mannheim in Frage kommt, sind die großen Fabriken am Indusierhafen und in dem Gebiet, das gegenüber dem Explosionsherd jenseits des Rheins liegt. Am Werk Benz u. Co. wurde das Dach durch den Luftdruck eingedrückt. Um sich einen Begriff von der gewaltigen Explosion zu machen, muß hierzu bemerkt werden, daß diese Fabrik fünf Kilometer Luftlinie vom Explosionsherd entfernt liegt. Hier gab es 30 schwer und 50 leichter Verletzte. Die Fabrik nimmt morgen einen Teildetrieb wieder auf. Andere Werke in dieser Gegend sind schwer beschädigt, und zahlreiche Opfer sind zu beklagen.

Die Straßenzüge, die sich am Rhein hinziehen, bieten ein Bild trostlosen Jammers. Die Scheiben eingedrückt, die Dächer zum Teil abgedeckt und die Mädel und Vorhänge beschädigt. Je näher man der Gegend der Katastrophe kommt, je schrecklicher wird die Verwüstung.

In Ludwigshafen

sind alle Scheiben eingedrückt und zum Teil in den Läden die Waren auf die Straße geschleudert. Schlimm steht es im Stadteil Hengsdorf, der an der Peripherie gegen das in die Luft gesogene Oppauer Werk liegt. Das alte Werk der Anilin-Fabrik im Stadteil Hengsdorf hat wenig gelitten, jedoch sind auch hier die Dächer abgedeckt und Wände eingedrückt. Dann kommt man nach Oppau. Grauenhaft sind die Verheerungen. Die Straßenzüge sind mit Schutt bedeckt und alle Häuser des Ortes so zertrümmert, daß der ganze, circa 6500 Einwohner zählende Ort an anderer Stelle aufgebaut werden muß. Nicht ein Haus ist mehr heil, alles ein trostloses Chaos. Eingestürzte Dächer und Mauern, zerbrochene Möbel. Die Neugierigen, die zu Tausenden aus der ganzen Umgebung herbeiströmen, können in das Innere der zerstörten Häuser

sehen und sich ein Bild von der Wirkung der Katastrophe machen. Fast aller Hausrat ist zerstört und der gestern abend einsetzende Regen verschärft noch das Elend. Weinende Frauen stehen bei ihrer armenlichen Habe, umgeben von Kindern, die vielfach Verbände tragen. Die Armen lagen noch in ihren Betten, als die Häuser über ihnen zusammenbrachen. Circa 25 Menschenleben, darunter circa 10 Kinder, kamen allein hier ums Leben. Die Strohstoffanlage, die einige hundert Meter von dem Orte Oppau entfernt liegt, ist ein wüster Trümmerhaufen. Einige hohe Kamine hielten dem Luftdruck stand, zwei liegen zertrümmert am Boden. Häuser sind in kleine Trümmer zersplittert. Betonblöcke mit ihren Eisenstäben in Atome zerklüftet, Eisenteile und Baumaterialien in weitem Umkreise auf Kilometer zerstreut, die ganze Erdoberfläche mit einem grauen Staub bedeckt und ein scharfer beidender Geruch macht das Atmen schwer. Es sind

400 Tonnen Ammoniak-Sulphat-Salpeter in einem Silo explodiert, die ansehnlich nicht explosiven Stoffe enthielten. Jetzt bezeichnet ein riesiger Trichter von über 30 Meter Tiefe und 10 Meter Durchmesser die Stelle, wo früher dieses Gebäude stand. Nichts aber auch nichts mehr ist vorhanden. Die Arbeiter, die hier beschäftigt waren, sind buchstäblich in Atome zerrissen und verbrannt. Ihnen wird nie mehr etwas gesundes werden. Die meisten Betonbauten, die weiter abstehen, sind schiefl gedreht oder ganz umgelegt und die leichter gebauten Werkstätten weit weggeschleudert. Unter den meterhoch übereinander liegenden Trümmern liegt noch mancher Familienvater, der erst nach Tagen abgehoben werden kann. Die Rettungssaktion setzte sofort mit aller Macht ein und ein Ruhmesblatt haben sich die Arbeiter-Samariter erworben, die in aufreibendster Arbeit hassen, die Toten und Verwundeten zu bergen. Am ehestenlichen Explosionsherd kann nur mit Sauerstoff Hilfe gebracht werden.

Bis jetzt sind über 300 Tote geboren, circa hundert Arbeiter werden noch vermißt. Tausende von Verletzten sind verbunden worden, und die Krankenhäuser von Ludwigshafen, Mannheim, Heidelberg, Frankfurt a. M. liegen voll Schwerverletzte. Die Verwundungen sind schrecklich. Viel Opfer der Piefenkatastrophe haben ihr Augenlicht verloren. Die Materialschäden, obwohl sie sicher Milliarden betragen, treten gegenüber dem ungeheuren Elend, das über zahlreiche Proletarierfamilien hereingebrochen ist, zurück. Unerwartungsgemäß Maßnahmen und Hilfsaktionen werden einleiten müssen, um diese Wunden, die dem Proletariat geschlossen sind, zu heilen. Daß die Gesamtarbeiterschaft dabei nicht zurückbleiben wird, dafür setzen die sofort in Angriff genommenen Vorarbeiten zur intensiven Hilfsaktivität Zeugnis ab. Massenunlust löst in den breiten Volksschichten Solidarität aus, und die Arbeiterschaft wird dabei nicht an letzter Stelle stehen.

Das Beileid des Auslands.

Berlin, 22. September. (W.Z.) Der niederländische Gesandte Baron Genners hat heute nachmittags persönlich dem Reichspräsidenten im Auftrage der Königin der Niederlande deren tiefes Beileid anlässlich der Oppauer Katastrophe ausgesprochen. Der König von Dänemark hat telegraphisch seine herzlichste Teilnahme übermittelt.

Zußerdem sind der Reichsregierung von einer großen Anzahl ausländischer Regierungen Beweise der Teilnahme zugegangen. Schwedische hier anwesende fremde Diplomaten sprachen zu diesem Zweck auf dem Auswärtigen Amt vor. Einer der ersten war der französische Geschäftsträger, der zugleich beauftragt war, dem Reichskanzler das Beileid des Ministerpräsidenten Briand und des Ministerrates zu übermitteln. Auch die Interalliierte Rheinland-Kommission hat ihre Teilnahme kundgegeben.

bis zum 31. Dezember 1933 verpflichtet, die Beteiligung am Gesamtabsatz verbietet.

Abgeordneter Hue (Soz.) bemängelte die Informationen als unzureichend. Der Einriß in das Wirtschaftsleben, welches die Vorlage bewirken muß, ist zu bedeutend, als daß man ohne genaues Zahlenmaterial so schwerwiegende Entschlüsse fassen kann. Der Reichswirtschaftsminister muß so lange ein Einspruchrecht haben, bis eine Organisation des Kalirats geschaffen ist, die auf wahrhaft gemeinwirtschaftlicher Grundlage aufgebaut ist. Bisher ist der Kalirat nur eine Organisation von Unternehmern. Die Arbeitnehmer werden zwar hinzugezogen, erhalten aber keinen Einblick in die geschäftlichen Unterlagen. Die Vorlage begünstigt die Bildung von monopolisierten Trusts, auch muß Sorge getragen werden, daß durch die Stilllegungen den Arbeitnehmern nicht geschäftliche Nachteile erwachsen.

Abgeordneter Dikmann (U. Soz.) forderte ebenfalls von der Regierung genaue zahlenmäßige Unterlagen.

Abgeordneter Hue (Soz.): Ueber die Notwendigkeit von Stilllegungen von Kalisalzwerken besteht kein Zweifel. Bedenklich ist es aber, dem Kalirat so weitgehende Befugnisse zu geben. Der Entschädigungsfrage ist wohl nicht die rechte Bedeutung beigelegt worden. Eine Verbilligung des Kalis durch die Stilllegung ist kaum zu erwarten. Kein Betrieb eignet sich so sehr für die Sozialisierung wie die Kaliindustrie.

Gewerkschaftsbewegung

Bezirkseisenbahnräte und Reichseisenbahnrat.

Der Verkehrsausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrates beriet, wie den RFR mitgeteilt wird, am 20. September den vom Reichsverkehrsminister vorgelegten Entwurf einer Verordnung betr. Bezirke für die Reichseisenbahnen. Dieser Entwurf sieht für den ganzen Bereich der Reichseisenbahnen elf Bezirkseisenbahnräte vor, welche in der Weise gebildet werden sollen, daß für jeden Bezirkseisenbahnrat die Hälfte der Mitglieder von den staatlich organisierten Wirtschaftskörpern (Handels-, Gewerbe-, Handwerks-, Land- und Forstwirtschaftskammern) und ein Viertel von den Versicherungsvertretern bei den Landesversicherungsanstalten und Sonderanstalten sowie von den Angestelltenvertretern unter den Vertrauensmännern der Angestelltenversicherung zu wählen sind, während das letzte Viertel von den Regierungen der beteiligten Länder ernannt wird.

Gegen diese Zusammensetzung erhoben im Verkehrsausschuss die Arbeitnehmervertreter, wie bereits in einer früheren Sitzung, Bedenken, da hiermit eine Verletzung des Grundgesetzes der Parität verbunden sei und die Arbeitnehmer nicht genügend zu ihrem Recht kämen. Sie traten mit dem Gegenantrag heran, daß nur ein Drittel der Mitglieder jedes Bezirkseisenbahnrates von den staatlich organisierten Wirtschaftskörpern, dahingegen das zweite Drittel von den Gewerkschaften zu wählen sei, während das letzte Drittel von den Länderregierungen zu ernennen sei. Die Arbeitgebervertreter machten einen Vorschlag, der zwei Möglichkeiten eröffnet, entweder werde die Zahl der im Regierungsentwurf vorgesehenen Vertreter der Handels- und Kammer beibehalten, dann werde eine entsprechend große Zahl Arbeitnehmer und von den Länderregierungen ernannter Mitglieder hinzutreten und dadurch ein so großer Beratungskörper entstehen, daß eine fruchtbringende Arbeit von ihm keinesfalls zu erwarten sei; oder man suche diesen Nachteil zu vermeiden und vermindere die Zahl der im Regierungsentwurf vorgesehenen Vertreter der Handels- und Kammer, so könne man zwar zu einer sträflichen Gesamtzahl der Mitglieder der Bezirkseisenbahnräte, es würden aber dann die sachkundigen Persönlichkeiten aus den Kreisen der Arbeitgeber des Handels, der Industrie, des Gewerbes, sowie der Forst- und Landwirtschaft zweifellos an Zahl durchaus ungenügend dicitieren sein. Die Arbeitnehmervertreter pflichteten dem bei und betonten, daß auch in den Arbeitnehmerkreisen viel Sachkundige auf dem hier in Betracht kommenden Gebiete (Tarif-, Verkehrs-, Abfertigungsfragen) zu finden seien.

Bei der Abstimmung ergab sich eine Mehrheit für die Anträge der Arbeitnehmer, die geschlossen an ihrem Vorschlag festhielten, während die Arbeitgeber ebenso geschlossen für den Regierungsentwurf eintraten. Mit großer Mehrheit wurde dem Vorschlag zugestimmt, daß die Arbeitnehmer (Beamte, Angestellte, Arbeiter) für die Bezirkseisenbahnräte von den gewerkschaftlichen Organisationen gewählt werden sollen. Hinsichtlich der Zusammensetzung des Reichseisenbahnrates kam ebenfalls eine Einigung zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern nicht zustande. Letztere verforderten auch für den Reichseisenbahnrat den Grundgedanke der unbedingten Parität.

Einstimmig wurde vom Ausschuss folgende Entschliessung gefaßt: Der Reichswirtschaftsrat hält die baldige Schaffung neuer Eisenbahnbezirksräte der Reichseisenbahnen und eines darauf aufgebauten Reichseisenbahnrates für geboten. Sie sollte keinesfalls bis nach der Bildung der Wirtschaftsbzirksräte verschoben werden. Der Reichswirtschaftsrat ist einverstanden mit dem Grundgedanke der Parität der Regierung, daß bei der Bildung der Eisenbahnbezirksräte in erster Linie die wirtschaftlichen und verkehrspolitischen Zusammenhänge berücksichtigt werden und nicht die politischen Grenzen der Länder ausschlaggebend sein sollen.

Zum Tarifkonflikt im Buchdruckgewerbe.

Die Buchdrucker zum Kampf bereit!

Der deutsche Buchdruckgewerbe, das sich seit drei Jahrzehnten einer durch Tarifvertrag garantierten Ordnung erfreute, ist es infolge der sozialen Einseitigkeit der Unternehmer zum offenen Konflikt gekommen. Am 19. September trat in Berlin der Tarifausschuss zu Verhandlungen zusammen, um zu einer von der gesamten Belegschaft geforderten Lohn- und Stellensteigerung zu kommen. Die bisherigen tariflichen Löhne der Buchdrucker (einschl. Teuerungszulage) bewegen sich zwischen 120,50 M. in Orten ohne Befehlsschicht und 255,40 M. in Orten mit 25 Proz. Befehlsschicht. Für Hamburg und Berlin erhöhen sich Grundlöhne infolge beförderlicher Zuschläge auf 277 bzw. 285,50 M. Durch eine monatliche Wirtschaftskrise befaulen sich die Wochenlöhne auf 206,46 M. bis 200,78 M. (je nach den Befehlsschichtklassen).

Es beharrt eines besonderen Hinweises darauf nicht, daß die Buchdruckergehilfen mit dem bisherigen Lohnniveau bei den heutigen Teuerungszulagen nicht mehr existenzfähig sind. Während sie in Friedenszeiten mit ihren Löhnen an 12. bis 14. Stelle in der Arbeiterkategorie rangierten, stehen die Buchdrucker jetzt an 34. bis 37. Stelle. Die Lohnspannung zwischen Großstadt und Provinz weist infolge der starken Stiefelung der Befehlsschichtklassen Unterschiede von 90 bis 110 Mark auf, was sich mehr und mehr als unhaltbar erweist, da die Teuerungszulagen heute in kleinen Städten beinahe noch unentgeltlich sind als in der Großstadt. Um dieser Miere in der Entlohnung der Buchdrucker ein Ende zu bereiten, stellte die Belegschaft folgende Forderungen auf:

1. Der Tarifgrundlohn aller Lohnklassen sowie die Berechnungspositionen sind zu verdoppeln;
2. die bisherigen Teuerungszulagen und Wirtschaftszulagen kommen in Fortfall;
3. dafür ist eine neue beweisliche Teuerungszulage von 30 Proz. auf den verdoppelten Grundlohn festzusetzen;
4. der Zuschlag für Maschinenführer ist zu verdoppeln;
5. das Kostgeld für Lehrlinge ist ebenfalls zu verdoppeln;
6. bisherige Beträge über den Mindestlohn sollen auch über die neuen Sätze hinaus bezahlt werden;
7. Ausgeleitete im ersten Gehilfenjahre erhalten 15 Proz. bewegliche Teuerungszulage.

Diese Forderungen wurden von den Unternehmern kurzgehandelt als undiskutabel bezeichnet, weil das Gewerbe nicht in der Lage sei, derartige Lasten zu tragen. Die Arbeitnehmer stehen schlichtfroh fest, daß sie höchstens zu Zugeständnissen bereit seien, die der Gehilfenkategorie positive Zulagen von 20-30 M. zum bisher bezogenen Lohn gebracht hätten. Solch minimalen Zugeständnissen gegenüber war es für die Belegschaft natürlich völlig ausgeschlossen, den Verhandlungsweg noch weiterhin zu beschreiten. Es kam zum Abbruch der Verhandlungen, und ein Lohnkampf, der das Gesamtgewerbe in Mitleidenschaft ziehen wird, ist nunmehr als fast unausbleiblich anzusehen.

Eine sofort einberufene Gewerkschaftskonferenz, deren Verhandlungen noch nicht abgeschlossen sind, erörterte alle Möglichkeiten eines Kampfes und legte die tatsächlichen Maßnahmen fest, die ansetzen erscheinen, den Sieg an die Fahnen der Arbeiterschaft zu knüpfen.

Geschlechte Einigungsverhandlungen im Filmstreik.

Die Arbeitnehmer der Filmindustrie hatten den Reichsarbeitsminister um die Einleitung von Einigungsverhandlungen gebeten. Diese Verhandlungen fanden gestern nachmittag im Reichsarbeitsministerium unter Vorsitz des Reichsregierungsrates Dr. Braun statt, ohne jedoch zu einem positiven Ergebnis zu führen. Die Arbeitnehmer hatten an die von den Arbeitgebern als Voraussetzung für die Fortsetzung der Tarifverhandlungen zur Bedingung gestellten sofortigen Wiederaufnahme der Arbeit ihrerseits vier Bedingungen gestellt, von denen die Arbeitgeber drei annahm, während sie eine der Bedingungen ablehnten, weil sie über ihr Knecht einer Zulage von 20 Proz. auf den bisherigen Tariflohn nicht hinauszugehen konnten.

Schiedspruch für das Gastwirtsgeerbe.

Der Schlichtungsausschuss Groß-Berlin sollte gestern abend einen Schiedspruch, nach dem die Teuerungszulage von 10 Proz. der erster Streikpunkt war, am Sonntag, den 24. September, auszusprechen. Beide Parteien unterwarfen sich diesem Schiedspruch. Hierfür wurde in kontraktliche Verhandlungen über das künftige Prinzip der Entlohnung des Bedienungspersonals eingetreten. Die Verhandlungen sollen heute fortgesetzt werden.

Lohnbewegung im Kraftdrockfenngewerbe.

Die Kraftdrockfenngewerkschaften befinden sich bisher in einem ungleichen Lohnverhältnis. Für Benzindrockschleifer bestand ein Lohn von 1,50 M. pro Schicht und 15 Proz. der Bruttoeinnahme; außerdem mußten die Fahrer von ihrem Lohn 5 M. bis 6 M. täglich für Wagenreinigung zahlen. Nach Verhandlungen mit dem Verein der Kraftdrockfenngewerkschaften Groß-Berlins, die zu keiner Einigung führten, fällt der Schlichtungsausschuss einen Schiedspruch, wonach 3 M. Lohn für die Schicht und 18 Proz. der Bruttoeinnahme zu zahlen sind; im weiteren hat der Unternehmer für das Reinigen der Wagen Sorge zu tragen und ist der Fahrer zu den Aufkosten nicht heranzuziehen. Der Spruch ist bis auf den Punkt des Wagenreinigungs beiderseitig anerkannt. Ueber den strittigen Punkt soll in kurzer Zeit beim Demobilisierungskommissar verhandelt werden.

Für Elektrodroschkenführer ist ein Schiedspruch gefaßt, wonach 1,50 M. Lohn und 24 Proz. der Bruttoeinnahme zu zahlen sind. Wagenmaschinen frei. Diesen Spruch hat der größte Teil der Unternehmer anerkannt und zahlen viele Unternehmer darüber hinaus.

Anderer der Interessentenverband der Auto- und Elektrodroschkenführer. Trotzdem dieser Verband nur ein paar Mitglieder aufzuweisen hat, spielen sich dieselben als Scharfmacher auf. Ihr Angebot betraf nur 22 Proz. der Bruttoeinnahme ohne Lohn. Dies würde einen Durchschnittslohn von 44 M. pro Tag betragen, womit ein Kraftdrockfenngewerkschaftler bei der heutigen Teuerung, zumal derselbe den ganzen Tag auf der Straße liegt, nicht leben kann. Die Folge war, daß die Fahrer bei Pohlmann, Schroff, Müller, Podzun, Michaelis, sämtlich hannoversche Str. 5, und Winter, Hollmannstr. 32, in den Streik traten. Die Firma Pohlmann verlor nun, Arbeitswillige auszubilden. Die Firma benutzt zur Ausbildung Droschken und ist nicht im Besitz einer Konzeption zur Ausbildung von Fahrern. Gegen dieses ungesetzliche Vorgehen sind von seiten der Organisation die nötigen Schritte eingeleitet. Wir eruchen um Solidarität und bitten, die oben genannten Betriebe zu meiden.

Deutscher Transportarbeiterverband.

Der gewerkschaftsfeindliche Herr Direktor.

Immer wieder müssen wir die Feststellung machen, daß es Verwaltungen gibt, die sich an die neue Zeit, die ja eigentlich so neu gar nicht mehr ist, noch immer nicht gewöhnen können. Zu diesen

Herrschaften gehört auch der Betriebsdirektor der Reinfeldendorfer Eisenwalde-Groß-Schönebeter Eisenbahn, Herr Oberleutnant der Reserve Weigelt. Die Gewerkschaftsvertreter sind ihm ein Dorn im Auge. Kürzlich fand eine Sitzung des Schlichtungsausschusses im Hause der Firma Lenz u. Co. statt. Die Angehörigen der Bahn hatten Teuerungszulage verlangt, da die Bezüge noch immer hinter den Bezügen der Staatsbahnbediensteten nachhinken. Infolge eines Fehlers war zu dieser Schlichtungsausschussung nicht ordnungsgemäß eingeladen. Alle Beteiligten waren jedoch zu dem angelegten Termin erschienen. Sowohl der Verhandlungsleiter als auch die Beisitzer erklärten, in die Verhandlungen eintreten zu wollen, wenn von seiner Seite Widerspruch erfolgte. Herr Weigelt aber erhob Einspruch, Erregt rief er den Mitgliedern des Betriebsrates der Bahn zu: „Keine Herren, Sie sind doch keine kleinen Kinder, wozu brauchen Sie denn die Gewerkschaftsvertreter, wir können doch direkt verhandeln!“ Verhandlungen konnten also nicht stattfinden.

Schon einmal hat in einem anderen Falle, als der Betriebsrat nach dem Ständehaus der Provinz Sachsen bestellt war, Herr Weigelt die Betriebsratsmitglieder über eine Stunde lang, ohne irgendein Wort der Entschuldigung warten lassen. Als dann der Gewerkschaftsvertreter eingriff und auf einer Karte Herrn Direktor Weigelt auf die schon über eine Stunde vor den Türen wartenden Betriebsratsmitglieder hinwies, bezeichnete Betriebsdirektor Weigelt dieses Verfahren als eine Unverschämtheit.

Wir wollen hoffen, daß Herr Weigelt endlich umiert, sonst mühten wir deutlicher werden.

Das Ende des Wiener Verkehrstreiks.

Wien, 22. September. (Eig. Drahtbericht des „Borw.“) Heute vormittag zogen Südbahner unter der Führung von Kommunisten zu den anderen Bahnhöfen, um die Betriebsaufnahme zu verhindern. Auf dem Westbahnhof z. B. drohten sie, die Züge zu steuern. Im Laufe des Nachmittags ist jedoch überall die Arbeit wieder aufgenommen worden, auch auf der Südbahn.

Die Akkordarbeiter der Firma Kessel-Schwarzkopff, Widen, Kreis Telfow haben in Lohnunterschieden, die Deizer und Waldmüller haben sich solidarisch erklärt. Infolgedessen ruhe dieser Betrieb vollständig. Arbeitslose Kollegen erhalten Informationen im Lokal „Grüner Baum“ in Widen.

Ein „arbeiterfreundlicher“ Unternehmer ist der Inhaber der Firma Feinmechanik, Wasserthorstr. 50. Er denkt gar nicht daran, die Löhne seiner Arbeiter zu erhöhen, ist vielmehr sehr für Lohnabbau. Die Verhandlung mit der Organisation wurde abgelehnt. Darauf legten die Kollegen einmütig die Arbeit nieder. Nur der Mechanikerangestellte G. Wajewski blieb zurück und fertigt jetzt die Arbeiten der Streikenden an. Die Firma verliert nun die Maschinen abzubauen, wir werden das verhindern und bitten besonders die Kollegen der Transportarbeiter um Unterstützung. Die Streikleitung.

Wahrung! Tapezierer! Eine prächtige Firma ist die Leder- und Möbelfabrik Rattisch, Wangelstr. 56. Der Inhaber hat, nachdem einer der Kollegen seinen ihm zustehenden Stundenlohn forderte, bestrafelt. Außerdem zahlt die Firma den Teuerungszulage nicht und hat nach ihrem eigenen Gutdünken Akkord eingeführt. Zum Verhandeln ist der Herr nicht bereit. Deshalb ist die Sperre über die Firma verhängt.

Deutscher Sattler-, Tapezierer- und Portefeuillerverband.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter. Wir ersuchen die Kollegenchaft, umgehend Entwürfe zur Abänderung des Ortsstatuts auf dem Bureau zu Händen der Statutenberatungskommission einzureichen. Die Ortsverwaltung.

Der Streik in Nordfrankreich dauert nach der Dena noch fort. Am Mittwoch ist eine amtliche Mitteilung über die Streiklage ausgegeben worden, wonach die Regierung selbst nicht mehr glaubt, daß es möglich sei, in dem Augenblick eine Lösung der streikenden Fragen herbeizuführen. Die Verhandlungen sollen aber fortgesetzt werden.

Deutscher Verkehrsband. Kolleginnen und Kollegen, Funktionäre, Betriebsräte und Vertrauensleute sämtlicher Belegschaften vom OGD-Bezirk Berlin: Sonnabend 6 Uhr im Gewerkschaftshaus, Berlin SO. 16, Engelstr. 21, 22, Saal 1, Bericht über die Verhandlungen mit dem RWR, betr. Entlohnungen, Stellennahme zu der Ausschaltung der Randbetriebsräte und Wahl der Randbetriebsräte zum Zentralbetriebsrat, Mitgliedsbuch und Funktionärsgew. Betriebsratenauswahl legitimiert.

Samstag, 24. Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 21, Saal 18, Funktionärskonferenz, betreffend das Angebot der Arbeitgeber zu unserer Lohnverteilung. — Sonnabend und Sonntag in sämtlichen Bezirken Bezirksversammlungen. Stellungnahme zu dem Angebot der Unternehmer und Wahl der Delegierten zu der am 16. September stattfindenden Belegschaftsversammlung. — Montag 6 1/2 Uhr in den Kahrens-Kellern, Andreaskstr. 21, Belegschaftsversammlung zwecks Beschlußfassung über das Angebot der Unternehmer zu unserer Lohnverteilung.

Freie Lehrergewerkschaft. Sonnabend 7 Uhr Gedächtnisfeier im Rathaus, Zimmer 6. Tagesordnung: Die Brandanschläge in Tegau.

Verantwortlich für den Text: Fritz Schiff, Berlin; für Anzeigen: Th. Wasth, Berlin. Verlag: Hermann-Brosch G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Brosch G. m. b. H., Berlin. Vertriebsstelle: Hermann-Brosch G. m. b. H., Berlin. Adressen: Hermann-Brosch G. m. b. H., Berlin. Adressen: Hermann-Brosch G. m. b. H., Berlin.

Stoffe für Herren- und Damen-Bekleidung
 beste Fabr., fr. Auswahl, Verk. meterweise
Koch & Seeland G. m. H.
 Gortraudenstraße 20-21.

Dr. Lahmanns Gesundheitsstiefel

Stiller
 ALLEINVERKAUF FÜR GROSS-BERLIN

VERLANGEN SIE UNSERE BROSCHÜRE!